

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 30 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 28 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verordnungen. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zitate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Dezember 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Rektor Baldrian als Reichskanzler.

Wir hatten bisher als Reichskanzler einen klugen Diplomaten, jetzt ist an seine Stelle ein salbungsvoller Oberlehrer getreten. Die Erwartungen, die man an die erste Reichstagsrede des neuen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg knüpfte, waren wohl nirgends sehr hoch gespannt und die Sozialdemokratie war nach dem Genuß der in Inhalt und Form gleich dürftigen Thronrede darauf gefaßt, daß der neue Herr durch möglichst nichtsagende Redensarten sich aus der Affäre ziehen würde. Aber der amtierende Oberbureaufkrat hat es verstanden, alle Erwartungen noch zu untertreffen. Das hatte man doch nicht für möglich gehalten, daß ein Reichskanzler der Pflicht, bei Beginn seiner Laufbahn über seine Politik Auskunft zu geben, in einer einviertelstündigen Rede sich entledigen würde. War die Rede programmatisch völlig inhaltslos, so erhielt sie eine gewisse Würze durch einige völlig unzutreffende staatsrechtliche Behauptungen und durch salbungsvolle Mahnungen an die Reichstagsabgeordneten, wie sie einem Oberlehrer Gymnasiasten gegenüber vielleicht ansetzen mögen, die aber im Munde eines Kanzlers die völlige Inkompetenz dieses Mannes für das Amt eines leitenden Staatsmannes in grotesker Verzerrung in Erscheinung treten ließen.

Nachdem der neue Reichskanzler betont hatte, daß die erste Aufgabe der neuen Regierung die Sicherung einer soliden Finanzgebarung für das Reich sei, was so selbstverständlich ist, wie seine sonstigen allgemeinen Versicherungen, Ruhe und Frieden im Innern und nach außen zu haben, begann er gleich mit einer Ermahnung, die Parteien, welche über die Steuern auseinandergegangen sind, möchten wieder zusammen arbeiten. Diese allgemein gehaltene Betrachtung mußte er aber nicht im geringsten zu stützen durch die Entwicklung eines politischen Programms, auf dessen Grundlage dieser Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien sich hätte vollziehen können.

Dann verwahrte der Kanzler sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung es unterlassen habe, die unter ihrer Mitwirkung zustande gebrachten Steuergesetze gegen die fortlaufende Kritik zu verteidigen. Er meinte, das würde ja eigentlich gar keinen praktischen Nutzen gehabt haben. Die Regierung habe sich klüglich damit begnügt, die in der Presse aufgetauchten falschen Berechnungen über die Wirkung der Steuern auf die Warenvermehrung zu widerlegen, auf „Partei polemik“ hätte sie sich aber nicht einzulassen brauchen. Wenn Herr v. Bethmann trotzdem behauptete, daß die Regierung sich ihrer Mitverantwortung für die Steuergesetze vollhaft bewusst sei, so zeigt das nur, daß ihm das Wesen der politischen Verantwortung völlig fremd ist. Die Verantwortung eines Staatsmannes, die sich auf ein noch so stolzes und tiefdurchdrungenes „Bewußtsein“ beschränkt, ist keinen Pfifferling wert. Ein Verantwortlichkeitsgefühl muß sich in der Tat betätigen. Es muß zu einer öffentlichen Verantwortung der angegriffenen politischen Handlungen in Wort und Schrift führen. Erst die Verteidigung der politischen Aktion gibt dem Staatsmann das Recht, sich einer pflichtgemäßen „Verantwortung“ zu rühmen. Selbst den Konservativen, unter deren Vormüßigkeit der neue Kanzler steht, drängte sich die Ueberzeugung auf, daß er seiner Verantwortungs pflicht nicht Genüge geleistet hat; denn der sonst mit der konservativen Regierungspolitik höchst zufriedene Herr v. Richthofen erklärte später, daß in diesem Punkte die Regierung den auf sie gesetzten Erwartungen nicht entsprochen habe.

Noch in einem anderen Punkt proklamierte der Kanzler eine staatsrechtliche Auffassung, bei der er in klaffenden Widerspruch geriet sowohl mit offenkundigen Tatsachen, wie mit den Anforderungen eines noch so verflümmerten konstitutionellen Staatslebens. Er erklärte es für überflüssig, außer dem in der Thronrede angekindigten aktuellen Programm noch ein allgemeines politisches Programm zu entwickeln. Eine solche Erwartung entstamme „in erster Linie Parteibedürfnissen“. Auch diese Wendung zeugt wieder von einer totalen Verkennung der Aufgaben, die einem leitenden Staatsmann in einem Lande mit parlamentarischen Formen obliegen. Es ist ja traurig genug, daß in Deutschland die Minister in ihre Ämter kommen nicht kraft des Vertrauens, das ihnen ein charaktervolles Wirken im öffentlichen Leben für eine bestimmte Politik bei der Majorität des Volkes und Parlaments verschafft hat, sondern daß ihre Ernennung abhängt von der Eingebung eines einzelnen. Aber selbst diese bis auf den Ministerstuhl emporgeschobenen Bureaufkräten beanspruchen doch, daß Volk und Parlament ihnen Vertrauen entgegenbringt. Da ist doch das mindeste, was man von ihnen als Staatsmänner und Männer von Charakter erwarten darf, daß sie bei ihrem Amtsantritt ein politisches Programm entwickeln, mit dem sie stehen und fallen wollen. Verzichteten sie darauf, so zeigen sie nur, daß sie weder als Staatsmänner noch als Männer von Charakter angesehen werden wollen, und daß sie weiter nichts sind als bürokratische Fortwursler, so unangenehm Herrn v. Bethmann Hollweg die Bezeichnung „Fortwursler“ für die politische

Betätigung von Seinesgleichen auch in die Ohren klingen mag.

Im Zusammenhange mit seiner Verherrlichung der Programmlosigkeit vertiefte sich Herr von Bethmann Hollweg dann zu der fühnen Behauptung, in Deutschland werde die Regierung niemals eine Parteiregierung sein. Zunächst schlägt diese Behauptung offenkundig den Tatsachen ins Gesicht. Wir haben in Deutschland eine Parteiregierung allerhöchster Art: die Parteiregierung einer Minderheit, die Regierung der junkerbürokratischen Clique, die einen parteiischen Terrorismus ausübt gegenüber oppositionellen Parteien, insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie. In einem wirklich konstitutionellen Staate, wo die Parteien je nach der Volksmeinung sich in der Regierung ablösen, kann nie so parteiisch regiert werden, wie das diese engherzige Bureaufkratie fertig bringt, die im Interesse des Junkertums und aller reaktionären Elemente die Regierungsgeschäfte leitet.

Wenn Herr von Bethmann aber diese den Tatsachen schroff widersprechende Behauptung aufstellt, so tut er das einmal, um die völlig haltlose Fiktion aufrecht zu erhalten, daß der bürokratische Regierungsapparat über den Parteien schwebend und völlig objektiv nach allen Seiten Gerechtigkeit walten lasse. Wie die Sozialdemokratie es bisher schon hat angelegen sein lassen, diesen völlig unwahren Nimbus durch kritische Würdigung der parteipolitischen Leistungen der amtierenden Bureaufkratie zu zerstören, wird sie natürlich diese heilsame und für die Gesundung unseres öffentlichen Lebens notwendige Aufklärungsarbeit auch weiter betreiben. Indem nun Herr von Bethmann Hollweg seine unrichtige Behauptung noch obendrein in die Form der Prophezeiung kleidete: es werde niemals eine Parteiregierung in Deutschland geben, wollte er damit eigentlich sagen: es wird immer nur eine bürokratische und keine parlamentarische Regierung in Deutschland geben. Es wird sich ja hoffentlich bald zeigen, daß er damit ein schlechter Prophet geweien ist. Der Verfassungskampf zur Ersetzung des bürokratischen, halbabsolutistischen, scheinkonstitutionellen Regiments durch den demokratischen Parlamentarismus hat begonnen. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, dafür zu sorgen, daß er nicht wieder einschläft, und über Junker, Diplomaten und Bureaufkräten hinweg zum siegreichen Ende geführt wird.

Seine Einladung an die bürgerlichen Parteien, sich hinter die bürokratische Regierung zu scharen, suchte der Minister dann durch das beliebte Argument zu stützen, daß die Herwürfnisse der bürgerlichen Parteien wegen der Steuergesetze nur der Sozialdemokratie zugute kämen. Dann ließ er seine programmlose Refloratsrede in oberlehrerhafte Ermahnungen zum Fleiß und zur Arbeitsamkeit ausklingen. Die Reueigung zu moralphilosophischen Betrachtungen und Belehrungen ist bei Herrn von Bethmann Hollweg schon in seiner früheren Ministertätigkeit zutage getreten. Sie hat sich aber nie mit so peinlicher Aufdringlichkeit bemerkbar gemacht als gerade jetzt. Offenbar glaubt der Mann, seinen neuen Posten durch einen verstärkten Aufguß solcher solbungsvollen Trivialitäten weihen zu müssen. In der deutschen Literatur ist der Typus, der sich in dem Herrn von Bethmann Hollweg verkörpert, treffend widergespiegelt in dem Rektor Baldrian in Kritik Reuters „Stromtid“. Er sucht seine inhaltslosen Reden gleichfalls durch salbungsvolles Moralisieren genießbar zu machen, was Onkel Präsia zu dem unwirklichen Ausruf bringt: „Ich kann die ollen Dröhnbartels nicht leiden.“

Einem wirklichen Staatsmann hätte der gegenwärtige Zustand Deutschlands Anlaß genug geboten, bedeutame Reformvorschlüge zu entwickeln. Auch über das Verhältnis Deutschlands zu den fremden Mächten, über die Möglichkeit, die Kriegsgefahr durch ernsthafte Abmachungen über die Land- und Seeverrichtungen einzudämmen, hat das Volk ein Anrecht auf Auskunft. Eine Politik der Offenheit und Geradheit hätte auch verlangt, daß der Reichskanzler Auskunft darüber gäbe, wie er über die brennendste Tagesfrage denkt: Die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten, insbesondere auf Preußen. Man kann nur zu dem Schluß kommen, daß die Ansichten, die der Reichskanzler da weise verschwiegen hat, das Licht der Deffentlichkeit zu scheuen haben.

Nach dem Reichskanzler entwickelte der neue Staatssekretär für das Reichshauptamt, Herr Bermuth, einige Betrachtungen über das Finanzprogramm der Regierung, wobei er den ganz löblichen Grundatz aussprach, daß mit der Defizitwirtschaft endgültig gebrochen werden müsse. Leider ließ er aber erkennen, daß die Mittel, die er dazu ins Auge gefaßt hat, ganz nach der fehlerhaften Methode seiner Amtsvorgänger zugeschnitten sind, und daß auch künftig für die Finanzverwaltung des Reiches die Belastung der breiten Massen des Volkes durch indirekte Steuern als Leitstern dienen wird.

Da die Bethmannsche Politik der Programmverschweigung nur wenig Zeit in Anspruch genommen hatte, kamen noch drei Redner aus dem Hause zum Wort. Für das Zentrum Herr v. Hertling, für die Konservativen Herr v. Richthofen und für die Nationalliberalen Herr Wassermann. Der Zentrumsredner war nicht so zurückhaltend wie der Reichskanzler. Abgesehen davon, daß er die üblichen Forderungen seiner Partei wegen Herstellung einer wirklichen Parität für die Katholiken geltend machte, suchte er

den neuen Bloß zu festigen und zu erweitern, indem er den liberalen Parteien ausmalte, daß solche kleinen Differenzen, wie Steuerfragen, sie nicht abhalten dürften, Staat und Gesellschaft an der Seite der konservativ gerichteten Parteien gegen den Umsturz zu verteidigen. Herr v. Richthofen war — außer mit der Zurückhaltung der Regierung in der Auseinanderziehung über die Finanzreform des Schnapsbloßes — natürlich mit der Regierung zufrieden.

Herr Wassermann gab sich oppositionell, ohne die Brücken zu der Regierung oder zu den Parteien der Rechten völlig abzubrechen. Er verteidigte zwar mit Wärme die Haltung seiner Partei in der Steuerfrage, betonte aber scharf, daß sie bei aller Gemeinsamkeit mit der freisinnigen Partei sich von dieser doch in Zoll- und Handelsfragen trenne. Die Nationalliberalen ständen geschlossen auf dem Boden einer gemäßigten Schutzollpolitik. Den Freisinnigen sollte er dabei das kompromittierende Lob, sie hätten sich zu der Erkenntnis durchgemauert, daß ohne Belastung des Massenkonsums sich die Finanzpolitik des Reiches nicht weiterführen lasse. Er ließ erkennen, daß er der Einladung Hertlings, sich der Sammelpolitik eines bürgerlichen Großbloßes anzugliedern, nicht abgeneigt sei, vorausgesetzt, daß die Rechte nun in der Erbschaftsteuerfrage nachgebe. Kurz, es war die Oppositionsrede einer Regierungspartei zur Disposition.

So hat Herr v. Bethmann Hollweg denn bisher im Reichstage noch nicht die Antwort bekommen, die ihm gebührt. Die steht ihm noch bevor. In einem politisch höher entwickelten Lande, in England, in Frankreich, selbst in Oesterreich, würde ein leitender Minister, der es gewagt hätte, dem Parlament eine solche Antrittsrede zu halten, einfach ausgelacht und durch die Entrüstung der Abgeordneten wie des Volkes auf Nimmerwiedersehen vom Schauplatz hinweggesetzt werden. Im Deutschen Reich tötet einen Minister weder seine Väterlichkeit noch seine Unfähigkeit. Das bürokratische Regierungssystem, die höfische Kamarilla und das Junkerinteresse brauchen gerade Handlanger vom Schlage des Herrn v. Bethmann Hollweg. Sie sind die charakteristischen Repräsentanten des herrschenden Systems, und wir werden sie erst loswerden aus dem öffentlichen Leben nach der völligen Zertrümmerung dieses verderblichen Systems.

Der Wahlkampf in England.

Das Wahlmanifest der Arbeiterpartei.

London, 7. Dezember. (Eig. Ber.)

Der Vorstand der Arbeiterpartei veröffentlichte gestern folgendes Wahlmanifest:

An die Wähler! Allgemeine Wahlen wurden dem Lande aufgetragen durch das Vorgeben der Lords, die den Etat abgelehnt haben. Die große Frage, die Sie jetzt entscheiden müssen, lautet: Sollen die Lords oder soll das Volk das Land regieren? Seit den letzten Wahlen wurden in jeder Session wichtige Gesetzesvorlagen, die dem Unterhause viel Zeit und Mühe kosteten, verstimmt oder vernichtet vom Hause der Lords — von einer unverantwortlichen Körperschaft, die einzig und allein ihre eigenen Klasseninteressen vertritt. Nicht genug damit, beanspruchten die Lords auch das Recht, darüber zu entscheiden, was für Steuern gezahlt, von wem sie erhoben und für welche Zwecke sie verwendet werden sollen. Sie beanspruchten auch das Recht, das Datum zu bestimmen, an dem das Parlament aufgelöst werden soll. Die Zeit ist gekommen, ihrer Macht ein Ende zu machen und dem Willen der Gemeinen Geltung zu verschaffen.

Das Land hat lange genug den Feudalherren gestattet, Millionen Pfund Sterling an unbedientem Wertzuwachs einzusafeln und doch weigern sie sich, eine kleine Steuer auf das zu zahlen, was gerechterweise dem Staate gehören müßte. Sie wollen ihre Macht, das Volk zu plündern, um jeden Preis aufrecht erhalten. Die Arbeiterpartei bewillkommt diese Gelegenheit, den Nachweis zu liefern, daß das feudale Zeitalter vorbei ist und daß das Volk nicht mehr gewillt ist, von Gnaden der Lords zu leben.

Die Fragen, die Sie zu entscheiden haben, sind einfach: Unser gegenwärtiges System des Bodeneigentums hat das Landleben vernichtet; es hat den Industrien schwere Lasten auferlegt, die städtische Entwicklung beschränkt und die Arbeiterklasse ärmer gemacht.

Die Lords müssen verschwinden!

In dieser Krise verdient die Arbeiterpartei Ihre Unterstützung. Sie weist auf Ihre Erfolge hin und auf ihren Entschluß, weitere Erfolge zu erzielen. Sie ist eingetreten für das Berufswahlrecht, für Alterspensionen, für eine durchgreifende Wohnungsreform, für eine Erleichterung der Steuerlasten der kleinen Einkommen und für die Westenerung des unbedienten Wertzuwachses, für Arbeitslosenfürsorge. Die Erfahrung der letzten vier Jahre hat den Wert einer selbständigen Arbeiterpartei gezeigt. Es bleiben indes noch viele Probleme, die gelöst werden müssen.

Das Recht auf Arbeit muß noch gewonnen werden, aber es steht bereits innerhalb des Bereichs der praktischen Politik. Die ganze bisherige Armengesetzgebung muß beseitigt und der Pauperismus abgeschafft werden. Die Alterspensionen müssen ausgedehnt und erhöht werden. Alle Beschränkungen des Wahlrechts, die besonders auf dem weiblichen Geschlecht lasten, müssen hinweggefegt werden. Die Arbeiter- und die Mittelklasse ist noch mit staatlichen und municipalen Steuern überlastet.

Die Arbeiterpartei appelliert deshalb an Sie, Ihr Vertrauen zu ihr zu erneuern, ihre Reihen zu vergrößern und ihre Macht zu stärken. Stimmen Sie für den Arbeiterkandidaten. Der Grund und Boden für das Volk. Der Reichtum den Reichtumsbergengern, Wieder mit den Privilegierten. Es lebe das Volk!

Wahlreden.

London, 9. Dezember. Gestern abend hielten zehn Mitglieder der Regierung Wahlreden, von dem früheren Kabinett der Erminister Lyttelton. Die Ablehnung des Budgets verteidigten die Lords Camperdown und Kesteven in Reden, die sie in Romford bzw. in Wellingborough hielten. Die Bemerkung Lord Kestevens, daß England im Innern vom Sozialismus und von außen durch Deutschland bedroht würde, wurde mit Gelächter aufgenommen, worauf Lord Kesteven ausrief: „Sie werden mir nicht glauben, bis Ihnen die Deutschen ihre Wajonette in den Leib stoßen“, was erneutes Gelächter hervorrief.

Die Schutzpläne.

London, 9. Dezember. Der gestern veröffentlichte Tarifplan wird hier viel besprochen. Die konservativen Blätter ignorieren gestern insgesamt das Schema, heute äußern sich nur „Morningpost“ und „Standard“ dazu, die es als interessant, aber nicht als maßgebend bezeichnen. Sie vermissen den Hinweis, daß zur Kompensation für die Höhe auf andere Lebensmittel die Abgaben auf Tee und Zucker ermäßigt werden sollen. — Die liberalen Blätter betrachten das Schema als maßgebend und sagen, sie seien dankbar für die Veröffentlichung dieses teuren Rohstoffbudgets, durch welches die extremen Tarifreformer von Birmingham einen Druck auf Valfour ausüben wollten, der jetzt schwerlich eine Darlegung seiner Ansichten über die Rohstoffbesteuerung umgehen könnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Dezember 1909

Der Freisinn und die Wahlreform.

Von den freisinnigen Blättern war es einzig das zwar viel gelebte, aber politisch wenig einflussreiche „Berl. Tagebl.“, das sich entschieden für eine Wahlreform ins Zeug gelegt hat. Trotzdem hatten die sozialdemokratischen Blätter durchaus recht, die ihr Urteil über die letzte Kundgebung des „Berl. Tagebl.“, das Unterchristen-aufgebot zahlreicher „Gesellschaft“ für eine Wahlreform dahin abgaben, daß diese Demonstration eine überaus zahme sei und keineswegs von entschiedenem Kampfes- und Vorkennernut zeuge. War doch in der Kundgebung nur in überaus verschwommener Weise von der Wahlreform überhaupt die Rede, ohne daß auch nur mit den flüchtigsten Strichen ein Mindestprogramm für die Wahlreform gekennzeichnet worden wäre. Immerhin aber trat das „Berl. Tagebl.“ doch wenigstens mit Entschiedenheit für eine Wahlreform selbst ein. Ein anderes Freisinnblatt jedoch hält es sogar für seine Pflicht, in Sachen der Wahlreform zu bremsen. Die „Weser-Ztg.“ schreibt nämlich:

„Die weit überhaupt eine künstliche Beschleunigung oder ein künstliches Hindrängen auf die versprochene Wahlreform einen praktischen Erfolg hat, muß dahin gestellt bleiben. Die politische Situation dürfte weder in Preußen noch im Reich zu derartigen spekulativen Angriffen geeignet sein, zumal die Front der preussischen Agrarier geschlossen, fester und gefestigter denn je daheilt.“

Daß die Agrarier im Reichstag sowohl wie im preussischen Landtage so zahlreich vertreten sind, ist gerade die Schuld des Blockfreisinn! Aber der Freisinn könnte seine Blockfäden wenigstens dadurch wieder gut machen, daß er gemeinsam mit der Arbeiterklasse einen schneidigen Feldzug für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen begönne. Die Stimmung der Massen wäre einer solchen Agitation jetzt günstiger als je!

Statt dessen sucht der Freisinn zum Teil sogar abzuwiegeln damit den Junkern das Spiel noch erleichtert wird! Wahlsinnig!

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung vom Donnerstagabend die Kommissionsmitglieder für die verschiedenen ständigen und nicht ständigen Kommissionen. Es sollen delegiert werden: In die Kommission für die Vorbereitung des portugiesischen Handelsvertrages Städler, Noske und Kollentz; in die Budgetkommission Singer, Ledebour und Frank; in die Wahlprüfungskommission Fischer und Geyer; in die Geschäftsordnungskommission Singer; in die Rechnungsprüfungskommission Ulrich und Hengsbach; in die Petitionskommission Schwarz, Sachse, Wed und Schöpflin. — Zu Rednern wurden bestimmt: für das Gesetz über die Haftpflicht der Reichsbeamten: Heine, über den Handelsvertrag mit Bolivien: Sadelum, über das Gesetz betreffend die Fernsprechgeldordnung: Singer, zu der Vorlage der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes sollen sprechen: Heine und Stadthagen.

Der soziale Ausschuss der Fraktion hat einen umfangreichen Antrag ausgearbeitet, in dem für die verschiedensten Arbeiterkategorien (Handels-, Gastwirts- und Gewerbe-, Bureauangestellte usw.) die von und vertretenen sozialpolitischen Forderungen formuliert werden. Die Fraktion wird diesen Antrag als Änderungsantrag zur Gewerbeordnung einbringen.

Herr Spahn und die „Germania“.

Herr Professor Dr. Martin Spahn hat an die ultramontane „Germania“ eine Beschwerdeepistel gerichtet, in der er gegen die zweimalige Entstellung des Wortlautes seiner Besprechung des katholischen Buches protestiert. Doch das ist nebensächlich; wichtiger ist das folgende Geständnis:

„Mein Anfall hat bei seinem Erscheinen den Verfall einer „zuständigen Stelle“ gefunden, die ich bei aller Ehrerbietung gegen die „zuständige Seite“ der „Germania“ für ebenso zuständig halten durfte und darf wie die, bei der die „Germania“ Rat suchte. Für die regelmäßigen Leser des „Hochland“ war überdies Sinn und Bedeutung meiner Darlegungen um so genauer umgrenzt und bestimmter, als ich fast unmittelbar vorher im „Hochland“ einen Aufsatz über Hoffbauer veröffentlicht und darin grundsätzliche Ausführungen über den Verlauf der deutschen katholischen Bewegung gemacht hatte. Den Aufsatz hat der Redemptoristenpater Immerloffer sechs noch im Vorwort seines Werkes über den Heiligen zum erheblichen Teile mit Worten liebenswürdiger Anerkennung abgedruckt.“

Wenn die obigen Worte einen Sinn haben, dann ergibt sich daraus, der Organkritik der „Germania“ nicht in ihrer Redaktion gefehlt ist, sondern von einer „zuständigen Seite“ stammt, die nach der Ehrerbietung, mit der Herr Spahn sie nennt, nur ein hoher Geistlicher sein kann. Danach zu urteilen, scheinen die fanatischen Artikel gegen den „Modernismus“, die sich hin und wieder die „Germania“ leistet, aus dem hohen Klerus zu stammen. Die „Germania“ gibt das auch indirekt zu, denn sie bestreitet nicht, daß der Artikel von einer solchen „zuständigen Stelle“ stammt; nur erklärt sie, sie müsse Herrn Professor Spahn das Recht abprechen, „über die zuständige Stelle, von der unser Artikel herrührte, ein Urteil zu fällen“.

Der erwünschte Formfehler.

Wir berichteten gestern, daß der Bundesrat das in der vorigen Session beschlossene Gesetz über die „Unter-

stützung der Kriegsveteranen“ deshalb nicht verabschiedet habe, weil dem Reichstage ein Formfehler mit unterlaufen sei. Man braucht kein Bureaukrat zu sein und kann der etwaigen Konsequenzen wegen einen Verstoß gegen die Form unter Umständen für einen Hinderungsgrund ansehen. Hier handelt es sich aber um einen geachteten Fehler, denn derselbe soll darin bestehen, daß vergessen worden ist, das Datum, an welchem das Gesetz in Kraft treten soll, in der dritten Lesung auszufüllen.

Man wird aber — abgesehen von Steuergesetzen — bei den meisten Gesetzen vom Reichstag kein Termin gefehlt, sondern es heißt einfach, das Gesetz tritt mit seiner Veröffentlichung durch den Bundesrat in Kraft. Man hätte hier diese Formel also einfach anwenden sollen und der Bundesrat hätte das Gesetz publizieren können. Das würde auch jedenfalls geschehen sein, wenn es sich um ein der Regierung erwünschtes Gesetz, namentlich um ein Steuergesetz gehandelt hätte. Aber selbst diese Auslegung hätte man nicht einmal gebraucht, und die Regierung wäre doch gezwungen gewesen, dem Bundesrat das Gesetz zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Denn es heißt der Schluss des strittigen letzten Paragraphen: Dieses Gesetz tritt mit Wirkung von . . . 1909 in Kraft. Also darüber besteht kein Zweifel, daß es 1909 in Kraft treten sollte, man hätte also im schließlichen Falle den letzten Tag des Jahres annehmen müssen. Denn daß das Gesetz 1909 in Kraft treten solle, hatte der Reichstag ganz unzweideutig ausgesprochen.

Man wollte aber nicht! Und niemand von den Herren Geheimräten, die bei der dritten Lesung die Regierungsbank zierten, und denen doch die Form sonst alles ist, machte den Verichterstatler, der übrigens der vielbeschäftigte Abg. Erzberger war, auf sein Versehen aufmerksam!

Die Reichstagswahlwahl in Eisenach-Deimbach.

Die Antikemiten haben bereits ihren Kandidaten für die am 20. Januar 1910 im Kreise Eisenach-Kaltenordheim-Deimbach stattfindende Reichstagswahl aufgestellt. Eine am 5. Dezember in Dorndorf tagende Versammlung der Vertrauensmänner der Deutsch-sozialen Partei beschloß einstimmig, den Postswalter Hädrich als Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen.

Zufriedene Agrarier.

Diese höchst seltene Erscheinung zeigte sich in einer Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine der Provinz Brandenburg, die am Mittwoch in Berlin unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Arnim-Güterberg tagte. Der Vorsitzende sagte u. a.:

„Die Landwirtschaft kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen gut bestehen. Das vergangene Erntejahr gehört nicht zu den schlechtesten, denn die Sommerernte war im Durchschnitt sehr gut, und auch vom Stande der Winterjaaten kann nur das Beste berichtet werden. Der Kartoffelbau hat sich ebenfalls nicht schlecht gelohnt, die erzielten Preise entsprechen im allgemeinen den gehegten Erwartungen. Die Schweineproduktion hebt sich seit einiger Zeit wieder, nachdem bessere Preise geboten worden. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen kann der Landwirt gut bestehen und braucht nicht zu verzagen.“

Und weil es den Agrariern jetzt so einigermassen gut geht, haben sie nach Ansicht des edlen Sprosses aus dem edlen Geschlecht derer von Arnim mit Freuden die Last der neuen Steuern auf sich genommen, um so mehr, als sie von „glühender Vaterlandsliebe“ befeuert sind.

Andererseits sonst in Menschenköpfen spiegelt sich in diesem Kopf die Welt. Weit mehr als die Agrarier werden die den Junkern tributpflichtigen breiten Massen von den neuen Steuern beunruhigt. Die „glühende Vaterlandsliebe“ der Agrarier kann sich sonach auf diesem Gebiete recht billig betätigen. Immerhin verdient es, bemerkt zu werden, daß sich wenigstens einige Agrarier gefälligst fühlen. Das wird natürlich in demselben Moment wieder anders, in dem Regierung oder Reichstag Dinge machen sollten, den Interessen des erwerbstätigen Teiles des deutschen Volkes einigermassen Rechnung zu tragen. Dann setzt sofort wieder das allbekannte Geschrei von der Not der Landwirtschaft ein, und sollte dieses Geschrei überhört werden, dann ist auch sofort die „glühende Vaterlandsliebe“ der Agrarier wieder juchend.

Pluralwahlrecht für Hessen.

Das soll tatsächlich der Ausgang des vierten hessischen Wahlreformwerks sein. Unsere geistige telegraphische Meldung bestätigt sich. Zentrum und Liberale sind bereit, mit dem Bauernbund einen schmäblischen Kuhhandel einzugehen, durch den sie sich verpflichten, für einen Antrag des Bauernbündlers Weber zu stimmen, wonach jedem Wähler über 50 Jahre eine Zusatzstimme gegeben wird! Als Gegenleistung sollen die Bauernbündler für den Antrag des Nationalliberalen Diann stimmen, wonach einjähriger Besitz der Staatsangehörigkeit für die Erlangung des Wahlrechts genügt. Die Regierungsvorlage sieht eine dreijährige Frist vor.

Dieser Kuhhandel ist am Mittwoch in der gemeinsamen Sitzung der drei beteiligten Fraktionen: Bauernbund, Nationalliberale und Zentrum, abgeschlossen worden.

Daß die Alterszuschlagsstimme eine starke Benachteiligung der proletarischen Wählerklasse bedeutet, bedarf keines weiteren Nachweises. Das Kompromiß ist eine brutale Herausforderung des Pluralwahlrechts. Das arbeitende Volk Hessens, das sich bereits in wichtigen Demonstrationen gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung gewendet hat, wird sich mit aller Kraft gegen den Versuch wenden, ihm das gleiche Recht zu nehmen.

Kommunalwahlen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Selbert (Kreis Lemmer-Remscheid-Reitmann) siegte die Sozialdemokratie in der 3. Abteilung mit 1089 bis 1051 Stimmen über das bürgerliche Kartell, das 88 bis 853 Stimmen auf sich vereinigete. In drei Sätzen, die sie bisher inne hatte, hat die Sozialdemokratie nun noch drei erobert, so daß nur noch zwei Sitze der 3. Abteilung den bürgerlichen Parteien verbleiben. Die Wahlbeteiligung war noch niemals so zahlreich wie bei der diesjährigen Wahl.

Wahlen in Württemberg.

In Gmünd führte die nach dem Proporz vollzogene Wahl zu dem Resultat, daß von fünf Mandaten je zwei auf die Sozialdemokraten und das Zentrum und eins auf die Liberale entfiel. Untere Stimmen stiegen um 143, die Wahlbeteiligung betrug 85 Proz.

In Schweningen wurden bei gleichfalls sehr starker Wahlbeteiligung zwei Nationalliberale, ein Volksparteiler und ein Sozialdemokrat gewählt.

In Rörtlingen war zwischen Sozialdemokratie und Nationalliberalen ein gegen Volksparteiler und Bauernbund gerichteter Abkommen getroffen worden, auf Grund dessen bei einer Wahlbeteiligung von 90 Proz. ein Sozialdemokrat, zwei Liberale und ein Volksparteiler gewählt wurden.

In Reuhausen a. F., einer bisherigen Zentrumsdomäne, errang die Sozialdemokratie zwar noch kein Mandat, aber ihr Kandidat erhielt die sehr respectable Stimmenzahl von 215. Nur 13 Stimmen mehr und auch hier wäre der erste Sozialdemokrat in den Gemeinderat eingezogen.

In Frankenbach wurden ein Sozialdemokrat und zwei Bürgerliche gewählt. Die Wahlbeteiligung erreichte 88 Proz. Die Sozialdemokratie hat jetzt drei Vertreter im Gemeinderat.

In Schwaikheim wurde neben vier Bauernbündlern ein Sozialdemokrat gewählt.

In Eningen u. A. wurden ein Sozialdemokrat und drei Bürgerliche gewählt.

In Deihlingen wurde das zur Wahl stehende sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied wiedergewählt.

Klerikale Verleumder und Genchler.

Man schreibt uns aus Köln:

Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht einen Artikel über ein Ehe drama in einem Orte bei Lüttich. Ein sozialdemokratischer Gemeindeführer soll seine Frau wegen Untreue erschossen haben. Daran knüpft das Blatt einen rabulistischen Sermon über die „sozialdemokratische Hinführung“, und es bringt sogar fertig, diese private Tragödie mit dem politischen Fall Ferrer in Verbindung zu bringen. Das schlimmste aber ist die nichtsnutige Art, wie das fromme Blatt in einem fort Sozialismus und Zendenerei, „freie Liebe“ und Untreue identifiziert, und wie es schließlich ausführt, die Frau habe, als sie ihren Mann betrog, nur nach den Prinzipien der sozialdemokratischen Partei gehandelt; sie könne sich auf Gehel, Banderwilde und viele andere Propheten der „freien Liebe“ berufen. Das ist eine verleumderische Verschimpfung der Sozialdemokratie. Wenn schon die Ehrlichkeit und der Anstand dem Kölner Zentrumblatt diese Verhöhnung nicht verbieten, so hätte es sie wenigstens aus Rücksichtsgründen unterlassen sollen; denn niemand hat so wenig das Recht, Andersdenkenden Vorwürfe über eheliche und sexuelle Moral überhäuft zu halten, wie die rheinischen Klerikalen. Ein dergleichen könnte man anfallen mit den Skandalen, die sich auf diesem Gebiete allein in Köln und dessen näherer Umgebung in den letzten Jahren zugetragen haben. Und alle diese Fälle sind bei der „Kölnischen Volkszeitung“ genau bekannt. Sie weiß beispielsweise, daß ein hervorragender Zentrumsführer seinerzeit neben seiner ihm angetrauten Ehefrau in Köln Vororten noch zwei Liebesverhältnisse zu gleicher Zeit unter dem Namen eines ledigen Kaufmanns unterhielt. Sie weiß, daß einem anderen klerikalen Zentrumsführer in einem großen Verleumdungsprozess schmutzige Beziehungen zu Prostituierten nachgewiesen wurden. Die „Kölnische Volkszeitung“ kennt auch den Ritter hoher päpstlicher Orden und klerikalen Parteiführer in einem Kölner Vorort, der abtreten mußte, nachdem er von seiner Wittfrau, die er, obgleich Familienvater, viele Jahre lang heimlich unterhielt, vor Gericht gezogen wurde. Sie kennt auch den Verleger des rheinischen Zentrumsblasses, der sich vor dem Revolver eines eiferfüchtigen Ehemannes schützen mußte, und den Chefredakteur des nämlichen Blattes, der in einem Verleumdungsprozess nicht in Abrede stellen konnte, mit der besagten Frau intimen Verkehr gepflogen zu haben. Sie kennt auch den Katholikentagsredner, der die durch seine Hände gehenden Kirchengelder benutzte, um damit seiner Wittfrau, eine Prostituierte, zu unterhalten. Der Mann hat dafür zwei Jahre Gefängnis bekommen.

Alle diese und noch viele andere Fälle sind der „Kölnischen Volkszeitung“ so gut bekannt wie uns, und dennoch trachtet sie sich, die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Stellung zur Ehe zu verdächtigen und zu verleumden. Eine widerliche Heuchelei.

Lehrer und Zentrum.

Wie es da, wo das Zentrum noch ausschlaggebend ist, um die Lehrer bestellt ist, bemerkt die Annonce, die ein Lehrer in einer niederrheinischen Zeitung veröffentlicht hat:

„Schneeschaufler gesucht! Vom Unterzeichneten verlangt man ab Winter 1909/1910 das Schneeschaufler im Friedrichhof. Weil Unterfertiger anderweitig als Lehrer, Kantor, Organist, Gemeinde- und Staatsamtschreiber, auch als Lehrer hinreichende Beschäftigung hat, wird die Stelle eines Friedhofschneeschauflers hiermit zur Verwendung ausgeschrieben. Schneeschaufler ist mitzubringen. Anmeldungen und Angebote (Stundenlohn) sind zu richten an Oberlehrer Abel in Ritterskirchen.“

Auch die „Korrespondenz des deutschen Lehrerverein“ liefert einen niedlichen Beitrag zu diesem Thema. In einem elffährigen Dorfe waren in einer Wählerversammlung der Zentrumabgeordnete Haug und der Lehrer Bongartz aneinandergeraten. Als der Lehrer dem Zentrumabgeordneten Opposition machte, donnerte ihn, nach der Darstellung der genannten Korrespondenz der Abgeordnete Haug mit den Worten an: „Ich kann nicht verstehen, wie Sie als katholischer Lehrer im Lager der Liberalen stehen können. Es ist dies eine Schande für einen katholischen Lehrer. Es ist aber auch eine Schande für eine katholische Gemeinde, einen solchen Lehrer in ihrer Mitte zu haben. Ich hoffe, daß die Gemeinde dafür Sorge trägt, daß der Lehrer entfernt wird.“ Als der Angegriffene die Anwesenden — besonders seinen Pfarrer — zu Zeugen dafür aufrief, daß er seine Pflichten als Katholik und Lehrer erfüllt habe, bemerkte der Pfarrer, wenn der Lehrer diese Behauptung aufstelle und hoch liberal sei, so spiele er den „Komödianten“, und Herr Haug erklärte in seinem Schlussworte, wenn der Lehrer dies nicht einsehen wolle, so sei er ein „Hornochse“.

Der Lehrer stellte Strafanhrag wegen Verleumdung. Der Staatsanwalt leitete damals — 1907 — auch Strafverfolgung ein. Die Eröffnung des Gerichtsverfahrens hätte nun nach Schluss des Reichstages im Juli 1909 erfolgen müssen. Da aber wurde der besagte Lehrer am 7. Oktober von seinem Kreisamtsinspektor aufgefordert, seinen Strafanhrag zurückzunehmen, da Staatsanwaltschaft und Ministerium dies für das zweckmäßige erklärten hätten. Da aber dem Verleumdigen nicht die geringste Genugtuung geboten wurde, hielt er den Strafanhrag aufrecht und erhielt nunmehr vom Staatsanwalt den Bescheid, daß, nachdem der Bezirkspräsident den Strafanhrag zurückgenommen hat, die Erhebung der öffentlichen Klage nicht weiter durch ein öffentliches Interesse geboten erscheint, und zwar dies um so weniger, als infolge der andauernden Reichstagsession die Angelegenheit 2 1/2 Jahre nicht betrieben werden konnte.“ Hätte der Lehrer diesen Bescheid im Juli erhalten, so hätte er, so versichert die „Korrespondenz“, so gleich die Privatklage einleiten können. Warum der Staatsanwalt ihn so lange hat warten lassen, ist schwer einzusehen. Den Politikern dürfte vielleicht hierbei zunächst die Frage interessieren, ob wohl die veränderte Stellung des Zentrums zur Regierung dazu beigetragen hat, den Staatsanwalt zu einer anderen Auffassung zu bringen.

Die Fraktionen des Reichstages.

Das offizielle Mitgliederverzeichnis ist im Reichstage aufgegeben worden. Die Stärke der Fraktionen zeigt folgenden Stand:

Konservative: 90 (darunter 3 Hospitanten); Dr. Köppe, Müpp; der dritte Hospitant, Arnold, ist fraktionslos geworden. — Reichspartei: 25 (5 Hospitanten). — Deutsche Reformpartei: 4 (1 Hospitant); Adler; früher 7 Mitglieder resp. Hospitanten; es sind ausgeschieden Bindewald, Wübel (zur Wirtschaftlichen Vereinigung übergetreten) und Bruhn (jetzt fraktionslos). —

Wirtschaftliche Vereinigung: 17 (1 Hospitant); ausgegliedert Dr. Böhm (jetzt fraktionslos), Schad (Mandat niedergelegt), eingetretene Vindwald, Gabel. — Zentrum: 105, früher 103 (1 Hospitant), neu gewählt Herzog von Arenberg und Liebel. — Polen: 20. — Nationalliberale: 50 (5 Hospitanten), früher 54; ausgegliedert Frhr. Hehl zu Herrnsheim, Graf Oriola, Quard, Scheffhorn. — Freisinnige Vereinigung: 15 (wie bisher). — Freisinnige Volkspartei: 27 (früher 23); ausgegliedert Schmidt-Halle. — Deutsche Volkspartei: 7 (wie bisher).

Sozialdemokraten: 46 (früher 43), eingetretene Huber, Kunert, Schöpplin, Pietich. — Bei keiner Fraktion sind 19 (früher 12) Mitglieder; neu hinzugekommen: Arnold, A. Böhm, Uruhn, v. Dannenberg, Frhr. Hehl zu Herrnsheim, Lehmann (Jena), Graf Oriola. — Erledigt sind zwei Mandate: Adl.-Wipperfurth durch den Tod des Abg. de Witt (3.) und Eisenach-Dernbach durch Mandatsniederlegung des Abg. Schad (Wirtsch. Vg.).

Seit den letzten allgemeinen Reichstagswahlen haben die Parteien: je ein Mandat die Konservativen (1. Hannover), die Wirtschaftliche Vereinigung (1. Arnberg), die Freisinnige Volkspartei (Halle). Die Nationalliberalen verloren zwei Mandate (2. Pfalz und 1. Sachsen-Noburg) und gewannen eines (1. Arnberg). Es gewannen je ein Mandat die Freisinnige Vereinigung (1. Hannover) und das Zentrum (8. Hessen). Die Sozialdemokraten gewannen drei Mandate (2. Pfalz, Halle, 1. Sachsen-Noburg).

Hamburger Bürgerchaft.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerchaft vom Mittwochabend wies der Präsident auf die Katastrophe auf dem Gaswerk am Grasbrook hin, drückte den Familien der Opfer der Katastrophe die Teilnahme des Parlaments aus und bemerkte, daß für diese Familien gesorgt werden würde. Senator Straß unterstrich diese Worte und schilderte die Ursachen der Katastrophe, welche Darstellung sich mit der unsrigen deckt. Das Ergebnis der Untersuchung über die Ursache der Explosion wird später der Bürgerchaft bekanntgegeben werden.

Dann folgte eine den ganzen Abend ausfüllende Debatte über den Senat Antrag betr. Bewilligung von 2.300.000 M. für einen Erweiterungsbau der Kunsthalle. Viele Kunstschätze liegen jetzt in den Kellern — „Totenlammen“ werden sie genannt — aufgespeichert und werden noch einige Jahre dort verbleiben müssen, bevor sie dem Publikum zugänglich gemacht werden können. Aus den Reden einiger Kunstkenner“ hörte man heraus, daß die Schätze dort ganz gut lagen. — Die Angelegenheit wurde einem Ausschuss überwiesen — ein in Hamburg beliebtes Verschleppungsmittel.

Noch ein Madsbodprozeß.

Dortmund, 9. Dezember. Wegen Verleumdung des Bergwerksdirektors Andres von der Jeche Madsbod verurteilte die Strafkammer des Landgerichts den Redakteur Rottebohm von der „Arbeiterzeitung“ zu 1000 Mark Geldstrafe. Die Verleumdung wurde erbracht in einem Artikel der „Arbeiterzeitung“, in welchem Direktor Andree nach der Katastrophe auf der Jeche Madsbod die Worte in den Mund gelegt wurden: „Was lebt, das lebt; wir müssen heraus!“ Der Artikel war der „Bergarbeiter-Ztg.“ entnommen.

Fleischsteuerung.

Die Berliner Fleischsteuerung hat in ihrer gestern abend stattgefundenen Versammlung, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mitteilt, beschlossen, eine erneute Eingabe an den Reichstag zu tätigen, in welcher dringend die Öffnung der Grenzen behufs Einfuhr von Schlachtvieh unter Beachtung aller Sicherheitsmaßregeln gegen Seucheneinfuhr nach Städten mit öffentlichen Schlachthöfen und direkter Bahnverbindung verlangt wird.

Nachmal die Stadtverordnetenwahlen von Königsberg.

Zu unserem Bericht über den Sieg der Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen in Königsberg, der in Nr. 278 erschien, erhalten wir jetzt — etwas sehr nachträglich — eine Zuschrift der Eisenbahndirektion Königsberg, die irrtümlicherweise als Berichtigung nach § 11 des Preßgesetzes bezeichnet wird.

Wir entnehmen dem Schreiben, daß die Eisenbahndirektion erklärt, daß von der Eisenbahnverwaltung in keiner Weise auf die Eisenbahnbediensteten wegen ihrer Abstammung eingewirkt worden sei. Auch habe ihre Umfrage bei sämtlichen Wahlvorstehern des Bezirkes 6 und ihren Stellvertretern ergeben, daß keinem der Bezirke etwas von einem Vorfall bekannt sei, der in unserem Bericht geschildert war und wonach ein Eisenbahnarbeiter auf die Frage des Wahlvorstehers, welchem Kandidaten er seine Stimme geben wolle, geantwortet haben soll: „Wie mir vorgeschrieben ist, wähle ich Dorich und Klant!“

Die Zuschrift der Eisenbahndirektion erklärt, in einem Falle solle ein Wähler auf die Frage des Wahlvorstehers, für welche Kandidaten er stimmen wolle, unter Vorzeigung des Wahlscheitels der liberalen Kandidaten geantwortet haben: „Wie hier vorgeschrieben steht!“ Er sei dann von dem Wahlvorsteher befehligt worden, daß er die zu wählenden Personen namentlich bezeichnen müsse.

Wie müssen unserem Königsberger Korrespondenten, an dessen Zuverlässigkeit zu zweifeln wir keinen Anlaß haben, überlassen, zu diesen Behauptungen der Eisenbahndirektion das Wort zu nehmen.

Tabakarbeiter-Unterstützung in Baden.

Die badische Regierung kann dem von der Volkvertretung ihr unterbreiteten Wünsche einer Aufstellung der Unterstützungen bis zum 1. Dezember nicht genügen. Sie teilt aus den Akten des statistischen Landesamtes nur die Ergebnisse für die Zeit vom 15. Juli bis Oktober mit. Daraus ergibt sich, daß unter den 7700 Gesuchen der Tabakarbeiter als der Unterstützung berechtigt 4951 anerkannt, 590 abgelehnt und 2219 noch unerledigt geblieben sind. Die bis Ende Oktober ausbezahlten Unterstützungen ergaben den Betrag von 129.208,84 M. Die Vorentscheidungen entsprechen den bundesrätlichen Ausführungsbestimmungen vom 28. Juli d. J., doch wird nimmere nach den eingehenden Anweisungen vom 20. November verfahren werden, die zur Bohrung gewisser berechtigter Wünsche der Tabakarbeiter getroffen seien. Diese Mitteilung der Regierung steht im Zusammenhang mit der von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichten Interpellation.

Ein Zentrum-Trip.

Gegen das badische Biersteuergesetz will jetzt angeblich das Zentrum stimmen. Da auch die Sozialdemokraten prinzipiell gegen dieses Gesetz stimmen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, eine Mehrheit für den Gesetzentwurf nicht vorhanden. Dann wäre in Baden ein Konflikt gegeben, den man bei der Annahme der Biersteuer im Reichstags sicherlich nicht vorausgesehen hat.

Da das Zentrum die Biersteuererhöhung im Reichstag mitbewilligt hat, so ist diese Haltung in Baden nichts als ein durchsichtiger demagogischer Trick.

Oesterreich.

Ein politischer Prozeß.

Wien, 8. Dezember. Morgen beginnt hier die Schwurgerichtsverhandlung über die Ehrenbeleidigungsklage, welche von kroatischen Abgeordneten gegen den Schriftsteller Dr. Friedjung und den verantwortlichen Redakteur der „Reichspost“ erhoben wurde. Die Gesamtzahl der Kläger gegen Dr. Friedjung beträgt 52. 51 Abgeordnete brachten eine Gesamt-

klage ein, außerdem erscheint als Einzelskläger der Abgeordnete Franz Supilo, der von Dr. Friedjung in seiner Beschuldigung ausdrücklich genannt wurde. Die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Reichspost“ wurde von drei Abgeordneten eingebracht.

Das Budgetprovisorium.

Wien, 9. Dezember. Abgeordnetenhause. Bei der Fortsetzung der ersten Lesung des Budgetprovisoriums wies der Finanzminister auf dessen besondere Wichtigkeit hin. Eine Ablehnung würde insbesondere die Möglichkeit ausschließen, Investitionen für die Staatsbahnen zu effektuieren. Der Minister wahrte sich sodann gegen den Vorwurf, als ob er ein falsches Budget vorgelegt hätte, als ob kein Defizit vorhanden wäre und die Einnahmen des Zollgesetzes unrichtig eingesetzt wären, ebenso protestierte er gegen den Vorwurf der Industrieindignation. Bezüglich der Einkommensteuer trat er für Bewahrung der Einsicht in die Bücher ein, eine Maßnahme, die nur bezweckt, die Mehrheit der Ehrlichen gegen die Minderheit der Unehrlichen zu schützen. Der Minister schloß mit der dringenden Bitte um rasche Erledigung des Budgetprovisoriums und der Anleihermächtigung.

Italien.

Die Krise.

Rom, 9. Dezember. Privatdepesche des „Vorwärts.“ Sonninos zweideutige Haltung in den kirchenpolitischen Fragen hat die der demokratischen Gruppe angehörigen Politiker veranlaßt, auf den Eintritt in das Ministerium zu verzichten, da sie Fortsetzliches nur annehmen wollen, wenn die Schule verstaatlicht, der Religionsunterricht aus der Schule entfernt und die Ehescheidung eingeführt wird. Darauf will aber Sonnino nicht eingehen und es ist möglich, daß er auf die Bildung des Ministeriums überhaupt verzichten wird. In diesem Falle würde wahrscheinlich Sachsi mit der Kabinettsbildung betraut werden, was ein radikales Ministerium bedeuten würde.

Marokko.

Frankreich und Mulay Hafid.

Paris, 9. Dezember. Aus Tanger wird gemeldet: Der infolge der Grausamkeiten Mulay Hafids von der französischen Regierung erlassene Befehl, nach dem die französischen Instruktionsoffiziere an Expeditionen von Rabat aus nicht mehr teilnehmen, sondern sich auf ihre Rolle als Instruktionsoffiziere beschränken sollen, hat den Sultan lebhaft verstimmt. Er beauftragte El Mokri, gegen den Befehl Einspruch zu erheben. Die französische Regierung antwortete, sie werde den Befehl unter drei Bedingungen zurückziehen: erstens müsse sich Mulay Hafid schriftlich allen Signatarmächten der Algierprovinz gegenüber verpflichten, die Kolonierungen in Marokko abzusagen, zweitens die jüngst angeworbenen türkischen Instruktionsoffiziere unverzüglich zu entlassen, drittens alle zwischen Frankreich und dem Sultan schwebenden Fragen in befriedigender Weise zu regeln.

Ein neuer Kronpräsident.

Abshada, 8. Dezember. Einem aus Eingeborenenkreisen stammenden Gerücht zufolge ist der Bruder des Sultans, Mulay Rebir, in Taza eingetroffen und von der dortigen Bevölkerung, die über die immer neuen Steuern unzufrieden ist, zum Sultan ausgerufen worden.

Aus der Partei.

Die Sozialdemokratie im westlichen Westfalen.

Dem Geschäftsbericht des Landesvertrauensmannes entnehmen wir noch folgende Angaben: Die allgemeinen Einnahmen des Landesvertrauensmannes betragen 1907/08 10.088,92 M., die Ausgaben 9789,83 M., der Bestand 844,59 M. Unter den Einnahmen waren 8000 M. Zuschuß von der Zentralpartei zu Berlin. Im Jahre 1908/09 betragen die allgemeinen Einnahmen 13.188,97 M., die Ausgaben 12.857,07 M., der Bestand 281,90 M. Unter den Einnahmen waren 8000 M. Zuschuß aus der Zentralpartei zu Berlin und 210 Zuschuß des niederrheinischen Agitationskomitees zu Elberfeld. Die Organisationen des Bezirkes haben an die Zentralpartei in Berlin abgeliefert 1907/08 6508,07 M., 1908/09 8871,08 M. Die Kosten der Landtagswahlen 1908 kosteten für alle Wahlkreise des Bezirkes zusammen rund 20.000 M. Die Summe wurde vom Bezirk allein aufgebracht.

Zum preussischen Parteitag.

In Frankfurt am Main wurden als Delegierte die Genossen Heider, Dr. Quard und Wittich gewählt.

Warnung.

Das Parteisekretariat Nürnberg schreibt: Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch die Parteipresse, nach welcher in Frankfurt a. M. ein Vole namens Weinberger mit gefälschten Empfehlungsschreiben der Genossin Eugenburg von Parteigenossen Gelder herausgelobt hat. Bereits am 24. Oktober ist in der Nürnberger Parteioffizialen das gleiche Mandat gemacht worden, nur wurde es hier durch eine Frauensperson, namens Theresie Weinberger, verübt. Mit einem Schreiben einer falschen Parteioffizialin versehen, gab sie an, ihr Mann sei wegen politischer Verurteilung aus Polen ausgewiesen; da er sich in der Schweiz aufhalte, wolle sie mit ihren zwei Kindern nachfahren. Da diese Angaben durch die vorgelegten Schriftstücke bestätigt wurden, wurde Reisegeld bis München bezahlt. Nunmehr am 5. Dezember wurde diese Weinberger in Nürnberg wieder gesehen, und die Nachheren haben ergeben, daß man es mit einer Schwindlerin zu tun hat, die einer größeren Gesellschaft von Schwindlern angehören soll. Die Kriminalpolizei hat sich der Angelegenheit angenommen. Da zu befürchten ist, daß die Weinberger weitere derartige Mandate machen wird, geben wir folgendes Signalement: Die Theresie Weinberger — sie reist aus unter dem Namen Koch —, steht Mitte der 30er Jahre, hat mittlere Statur, schwarzes Haar, das auf beiden Seiten in die Stirn hineingelammt ist, spricht gut deutsch und macht sonst einen sehr vornehmen Eindruck. Diese Weinberger reist gegenwärtig in der Gesellschaft einer anderen Frauensperson, die sich Emma Ulrich nennt. Diese reist aber auch unter dem Namen Koch. Diese Person steht ansfangs der 30er Jahre, mittlere Statur, blondes Haar und spricht ebenfalls ein reines Deutsch. Gebürtig sollen beide Personen aus Ungarn sein. Sollten sie sich irgendwo blicken lassen, so ist deren Festnahme durch die Polizei zu betreiben und die Kriminalpolizei sofort zu verständigen.

Ein Experiment der schwedischen Parteipresse.

Stockholms „Socialdemokraten“ wird vom 1. Januar 1910 ab in einer besonders billigen Landauflage erscheinen, die für diejenigen Proletarier in den von Hauptstadt mehr entfernt liegenden Landorten bestimmt ist, denen der Abonnementpreis der Hauptauflage — 10 Kronen fürs ganze Jahr, 90 Oere für den Monat — nicht erschwinglich erscheint. In der Landauflage wird das Blatt in etwas geringerer Umfang herauskommen und nur 6 Kronen das Jahr, 60 Oere den Monat kosten. — In Schweden sind durch den gewaltigen wirtschaftlichen Kampf dieses Sommers die Klassengegenstände schärfer als je geworden. Die Massen des arbeitenden Volkes haben, wie sie von den bürgerlichen Blättern, auch solchen, die sich sonst recht freisinnig und volksfreundlich gebärden, im Stich gelassen wurden. Sie hochtrotter diese Blätter. „Socialdemokraten“ Abonnementzahl ist seitdem auf fast das Doppelte gestiegen. Aber namentlich in der weiteren Umgegend Stockholms

waren noch manche Proletarier, die bei ihrem elenden Einkommen auf die billigen, mit ungeheuren Massen von Annoncen überladenen Kapitalistenblätter abonniert hatten, um überhaupt eine Zeitung zu haben. Ihnen wird nun Gelegenheit geboten, das Zentralorgan ihrer eigenen Partei in der billigen Landauflage zu halten.

Soziales.

Standalöses Wohnungswesen.

In der Gemeinde Ahlem, Kreis Lünen, liegt unweit des Bahnhofs eines Millionenbauern das Gemeindefarmhaus. Schon die Lage des Gebäudes läßt zu wünschen übrig; es liegt etwa einen Meter tiefer als die dicht vorüberführende Landstraße. Bedeutend trostloser sieht es im Innern aus. Die eine „Wohnung“, bestehend aus dem Hausflur, der als Küche eingerichtet ist, einer Wohnstube und einem Schlafgemach, wird von einem Greisen-Ehepaar mit ihrem 16 Jahre alten ungesunden Sohne bewohnt. Das Einkommen dieser Familie besteht aus 28 M. monatlicher Unfallrente des jetzt 70jährigen Mannes. Das Schlafgemach dieser drei Personen, dessen hintere Wand etwa einen Meter hoch reicht, ist nicht rund 20 Kubikmeter. Stube und Küche sind halbwegs geräumig. Desto standalöser sind die Zustände in der anderen Armenhäuser-Wohnung, zu der der Weg durch die erwähnte Küche führt. Zwei kleine, je mit einem Fensterrahmen versehene Zimmerchen, rund 3,50 mal 2,80 Meter groß und 2,70 Meter hoch. Die Wände des einen Raumes, der zugleich Koch- und Wohnraum, sind wie mit Löchern besetzt und von unbeschreiblicher schmutziger Farbe, die Decke ist vollständig schwarz. Die ganze Ausstattung dieses Arbeiterzimmers besteht aus vier ärmlichen Brettschalen, einem einfachen Tisch, einer Sitzgelegenheit, die ehemals ein Sofa vorstellte, einem Gerät, das ein Räderpendel vorstellen soll, und einem recht bescheidenen Kochherd. Ein Fenster in der Größe von etwa 1,20 mal 0,90 Meter erhellt nur notdürftig den Raum. Das „Schlafgemach“, in das wir uns nur mit Mühe und Not hineingewagen, wird von zwei allerbesten Betten, zu deren Füßen ein Koffer und ein Kinderwagen stehen, beherbergt. Der Zutritt ist erschwert. Die hintere Wand ist so feucht und in einem solch standalösen Zustande, daß als Besucher sich über die Feuchtigkeit vergewissern wollte und die Wand betastete, seine Finger eine schwarze klebrige Masse aufwies, die erst später unter Zuhilfenahme reichlicher Seife beseitigt werden konnte. Das Fenster, in der Größe wie vorher angegeben, kann wegen des davorstehenden Bettes nicht geöffnet werden. Die Klügel öffnen sich nach innen. In beiden Räumen herrscht eine Atmosphäre, die und beim Eintreten fast den Atem benahm. Und hier haufen, kaum glaublich, aber wahr, Mann, Frau und sieben Kinder! Die Kinder im Alter von 4 Monaten bis zu 12 Jahren. Frau und Kinder ein Bild des Jammers, lebende Anflagen des Gegenwartsstaates. Der Ernährer dieser zahlreichen Familie verdient wöchentlich — 21 M.

Gütliche Weltordnung!

Arbeitslosenversicherung in Nürnberg.

Ein vom Nürnberger Stadtmagistrat eingesetzter Ausschuss hat Bestimmungen aufgestellt für eine zu errichtende Arbeitslosenversicherung. Diese baut sich nach einem gemischten System auf, das Genter- und das Verner-System sind miteinander kombiniert. Für das reine Genter-System konnte man sich nicht entscheiden, weil es den liberalen Unternehmern in der Nürnberger Stadtverwaltung zu viel Rücksicht auf die Arbeiter nimmt. Es wird nun eine Arbeitslosenversicherungskasse eingerichtet, die folgende Unterstützungen gewährt: Für Ledige bis zum Alter von 25 Jahren 6 M., für ältere ledige Personen und getrennt lebende Frauen 9 M., für verheiratete Männer 10,50 M. pro Woche. Die Unterstützung wird von der zweiten Woche nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ab auf die Dauer von 60 Tagen gewährt. Mitglieder der Kasse können werden alle in Nürnberg wohnenden und arbeitenden Personen im Alter von 16 bis zu 60 Jahren; verheiratete Frauen können nur Mitglieder werden, wenn sie getrennt leben und nicht von anderer Seite unterstützt werden. Nicht zugelassen werden dauernd Erwerbsunfähige und Personen, deren Durchschnittseinkommen mehr als 2000 M. jährlich beträgt. Die Versicherten haben Wochenbeiträge von 15 Pf. (Ledige bis zu 25 Jahren), 18 Pf. (ältere ledige Personen und getrennt lebende Frauen) und 25 Pf. (verheiratete Männer) zur Kasse zu entrichten. Für die Saisonarbeiter sind die Beiträge um je 5 Pf. höher bemessen. Die Unterstützungsberechtigung tritt erst nach einjähriger Mitgliedschaft ein. Sind Unterstützungen für 60 Tage bezogen, so sind spätere Unterstützungen davon abhängig, daß das Mitglied seit der letzten Unterstützung für mindestens 40 Wochen Beiträge geleistet hat. Arbeitslosigkeit, die durch Streik, Aussperrung, Krankheit oder eigenes Verschulden hervorgerufen ist, ist nicht unterstützungsberechtigt; ebenso wird keine Unterstützung gewährt an Arbeitslose, die nachgewiesene Arbeit nicht annehmen, auch wenn sie außerhalb des Bezirkes liegt, sofern sie nicht verhältnismäßig viel schwerer als die gelernte und geübte, oder wenn zu befürchten ist, daß sie zu einer Beeinträchtigung der Fertigkeit im gelernten Berufe führen könnte. Nachgewiesene Arbeit außerhalb Nürnbergs muß von alleinlebenden Personen auf jeden Fall, von Familienvorständen nur dann angenommen werden, wenn die Obforge für die Familie und der Verkehr mit ihr nicht erheblich erschwert wird. Streik- und Aussperrungsarbeit muß nicht angenommen werden. Zur Deckung der Unterstützungen leistet die Stadtkasse einen Zuschuß von 50 Pf. für jede unterstützte Person, reichen die Mittel nicht aus, so bleibt Erhöhung der Wochenbeiträge vorbehalten. Außerdem wird an die Arbeitervereinigungen für jedes Mitglied, das durch diese Vereinigungen gegen Arbeitslosigkeit verhindert ist und die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen muß, pro Tag und Person ein Zuschuß von 50 Pf. gewährt. Sind die gewerkschaftlichen Unterstützungen höher oder niedriger als die der städtischen Unterstützungskasse, so behält sich die Stadt vor, ihren Zuschuß entsprechend zu vermindern oder zu erhöhen. Die Verwaltung erfolgt durch einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschuss, zu dem die städtischen Kollegen zwei, die Arbeitervereinigungen ebenfalls zwei und die Mitglieder der Arbeitslosenversicherungskasse einen Vertreter stellen.

Wenn wird Berlin, der wiederholten Anregung der Sozialdemokraten entsprechend, eine Arbeitslosenversicherung einrichten?

Staatliche Arbeitslosenversicherung in der Schweiz.

Der Große Rat des Kantons Genf hat auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ein Gesetz betreffend die staatliche Arbeitslosenversicherung angenommen, das im wesentlichen folgendes bestimmt:

Der Staat garantiert den Gewerkschaften auf die Dauer von zehn Jahren eine Entschädigung von 60 Proz. der an ihre arbeitslosen Mitglieder geleisteten Unterstützung. Die Organisationen haben sich jährlich auf der Staatsebene einzutragen und ein Exemplar ihrer Statuten und Reglemente über die Arbeitslosenversicherung zu deponieren sowie sich ins Handelsregister eintragen zu lassen. Die Vereinigungen sind gehalten, für die Arbeitslosenversicherung gelobte Beiträge zu führen. Die staatliche Unterstützung gilt nur für 60 Arbeitstage desselben Jahres im Jahre, das überdies 1 Jahr im Kanton Genf anständig sein oder einer schweizerischen Arbeitslosenliste angehören muß. Der Staatbeitrag wird jeweils nach dem Quartalsbeitrag bei Vorweisung der Belege über die geleistete Unterstützung ausbezahlt. Der Staat liefert die nötigen Formulare und Kontrollscheine.

Nach diesem Gesetze ist also jedes unterstützungsberechtigte Mitglied eines schweizerischen gewerkschaftlichen Zentralverbandes, das im Kanton Genf wohnhaft ist, berechtigt, auf die Staatsunterstützung Anspruch zu erheben, die 3 M. bei 2 Frank täglicher Unterstützung 1,20 Frank beträgt, womit sich die gesamte Unterstützung auf 3,20 Frank erhöht. Vorläufig kommen etwa 2000 Arbeiter in Betracht, deren Zahl sich aber bald vermehren wird.

Es ist dies das erste derartige Gesetz in der Schweiz, das jetzt vom Kanton Genf geschaffen worden ist.

Gewerkschaftliches.

Ein Teil von jener Kraft!

Die agitatorische Bedeutung der Hausagitation ist durch die Erfolge, die der Bergarbeiterverband in den letzten Wochen damit erzielt hat, aufs neue dokumentiert worden. Wenn auch der Arbeitsnachweis der Grubenbesitzer die treibende Kraft für die Erfolge war, so muß doch berücksichtigt werden, daß die allermeisten der Reuigenommenen nur durch die mündliche Aufforderung der organisierten Mitkameraden den Weg zur Organisation gefunden haben. Wie die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ mitteilt, ist nicht nur die Scharte ausgewest, die die wirtschaftliche Krise im Frühjahr und Sommer geschlagen, sondern die Mitgliederzahl hat sich weit über den alten Stand hinaus gehoben. So hat z. B. die Zahlstelle Brambauer (in runden Ziffern) durch die letzte Hausagitation 110 Mitglieder gewonnen, die Zahlstellen Schmidthorst 100, Erle I und II 170, Reddinghausen-Süd 110, Bestenfeld 80, Wattenfeld 220, Rothhausen 100, Herne 125, Dortmund 150, Suderwich 80, Fahrn 30, Gladbeck 60, Rentfort 75, Pottrop 50, Osterfeld 50, Hamme 140, Bochum (Stadt) 70, Altenbochum 65, Bismarck 100, Ober-Margloh 110, Samborn 100, Hertel 100, Höbel 50, Dorstmar und Dorst a. E. zusammen 280, Hüls 50, Wärs 65 Mitglieder. In gleicher Weise machten andere Zahlstellen Fortschritte.

Von dieser Agitation profitiert auch nicht zuletzt die Parteipresse. Das „Bochumer Volksblatt“ hat z. B. durch Hausagitation seit dem 1. Oktober d. J. über 3000 neue Abonnenten gemacht und hat jetzt seine Auflage über 16000 Exemplare gesteigert. Ähnliche Fortschritte hat die Parteipresse in den übrigen Revieren des Industriebezirks zu verzeichnen.

Deutsches Reich.

Zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen im Baugewerbe nimmt der Verband der Zimmerer in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung, die nur zu diesem Zwecke einberufen wird.

Tariffbewegung der Maler.

In Wiesbaden nahm eine sehr stark besuchte Versammlung Stellung zum Reichstaxtarif. Die Versammlung entschied sich nach einem zweistündigen Referat des Geschäftsführers gegen vier Stimmen für das Reichstaxtarifmuster und für die weiteren zentralen Verhandlungen.

Palastrevolution im Bergbauischen Verein?

Bergart Kleine hat den ersten Vorsitz im Bergbauischen Verein niedergelegt. An seine Stelle wurden Generaldirektor Randebröck-Gelsenkirchen und Generaldirektor Luehgen-Talbusch-Rothhausen gewählt.

Die Reuigen sind auf Differenzen in Fragen des Arbeitsnachweises zurückzuführen.

Arbeitslosenzählung.

Bei einer gestern und heute in Karlsruhe vorgenommenen Arbeitslosenzählung wurden 458 Arbeitslose gezählt. Von diesen waren 217 verheiratet, die 336 Kinder unter 14 Jahren haben. Diese Zahlen bestätigen, daß in Karlsruhe die Arbeitslosigkeit schon jetzt eine ziemlich starke ist.

Wer nicht arbeitet, . . .

Der Magistrat in Augsburg hatte kürzlich, veranlaßt durch das Drängen der Regierung, einen schärfsten Versuch gemacht, auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung einen Schritt nach vorwärts zu tun; auch stellte er zu diesem Zwecke verschiedentlich Erhebungen an. Gegen dieses Vorhaben wird nun seitens der Unternehmer und deren Korporationen mit allen Mitteln Sturm gelaufen. Nachdem bereits Landratskammer, Innungsausschüsse und Industrieverein sich einstimmig gegen jede Arbeitslosenversicherung ausgesprochen hatten, hat nun auch die Handelskammer für Schwaben zu der Frage Stellung genommen und nach einem Referat des Syndikus Dr. Büttner einstimmig beschlossen, an den Stadtmagistrat Augsburg das dringende Ersuchen zu richten, von der Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung unter allen Umständen abzusehen. Begründet wurde die ablehnende Haltung der Handelskammer damit, daß eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit widerspreche, daß eine Arbeitslosenversicherung in erster Linie zur Förderung der sozialdemokratischen Gewerkschaften beitrage und daß die von der Gemeinde zu leistenden Zuschüsse in der Hauptsache von den Unternehmern aufgebracht würden.

Es ist nun selbstverständlich, daß die unternehmerferne Stadterwaltung in Augsburg den Wünschen der Industriellen in vollem Maße Rechnung trägt, zumal die Unternehmer nicht verfehlen werden, den nötigen Nachdruck hinter ihre Wünsche zu setzen. Und im Grunde ihres Herzens sind ja die Mitglieder des Magistrats der gleichen Meinung wie die Industriellen. Das kam bei der Beratung eines sozialdemokratischen Antrages auf Gewährung von Geldunterstützung an Arbeitslose zum Ausdruck, wobei ein Mitglied des Gemeinderates unter dem sehr unvorsichtigen Beifall seiner liberalen Parteifreunde den Grundsatz aufstellte: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! — Wenn das für alle gelten soll, müßte die Mehrheit der diesem Grundsatz huldigenden Liberalen elend verhungern.

Ausland.

Skandinavische Sägewerksarbeiter-Union. In Stockholm hielten dieser Tage Vertreter der schwedischen, dänischen, norwegischen und finnischen Sägewerksarbeiter eine Konferenz ab um ein Übereinkommen zu gegenseitiger Unterstützung bei Lohnkämpfen zu treffen. Das Übereinkommen, das nun den Verbandsvorständen in den verschiedenen Ländern zur Begutachtung vorliegt, soll am 1. April 1910 in Kraft treten. Es wird circa 25 000 Arbeiter umfassen.

Die Antwort des amerikanischen Arbeiterbundes auf das Boykottverbot.

Der Kongreß des amerikanischen Arbeiterbundes nahm gegen das Boykottverbot eine entschiedene Stellung ein. Der Bericht des für diese Angelegenheit eingesetzten Komitees wurde unter großer Begeisterung angenommen. In diesem Bericht heißt es:

„Der Boykott ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine notwendige und moralische Waffe und, wie Präsident Compers sagt, eine Waffe, die ohne Jögern in Anwendung gebracht werden sollte, wenn andere Mittel versagen und die Umstände drastische Maßnahmen verlangen. . . Wir sagen: wenn Eure Sache gerecht ist und jedes andere Mittel erfolglos ist, dann boykottet! Wir sagen: wenn der Arbeitgeber entschlossen ist, nicht nur erwachsene männliche Arbeiter, sondern auch unsere Frauen und Kinder auszubeuten und wenn der Appell an das Gerechtigkeitsgefühl und Vernunftgründe erfolglos sind, dann boykottet! Wir sagen: wenn unsere sozialen und politischen Zustände derartig werden, daß gewöhnliche Mittel Abhilfe nicht herbeiführen, dann boykottet! Und zum Schluß sagen wir: Wir haben das Recht zu boykotten und wir werden dieses Recht auch ausüben!“

Berantio. Redatt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil Berantio: 2.

Das ist drach geredet — nun kommt es aber auf die Handlungen an.

Der australische Staat gegen die Bergleute.

Aus Sydney wird telegraphisch gemeldet: Minister Lee machte bekannt, daß die Regierung auswärts fünfzigtausend Tonnen Kohlen bestellt habe und weitere fünfzigtausend folgen lassen werde, falls der Streik noch zehn Tage anhält. Von mehreren Schiffsmaklern sind Angebote auf Lieferung von ausländischen Kohlen eingegangen.

Aus Industrie und Handel.

Hochkonjunktur für Agrarier.

Trotz Krise, Arbeitslosigkeit und alledem — die Agrarier haben gute Zeiten. Ein Blick auf die Marktlage der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse zeigt, daß die Gewinne der Agrarier durch die industrielle Stagnation keine Schwächung erfahren haben.

In 50 preussischen Städten stellte sich der Fleischpreis per Kilogramm in Pfennigen wie folgt:

	Februar	Juni	Juli	August	Septbr.
Rindfleisch	153	155	156	156	157
Kalb-	171	175	172	174	175
Schweinefleisch	164	168	168	170	170
Schweinefleisch	154	155	159	168	167

Im Oktober wurde die Art der Preisnotierung wesentlich geändert, die Zahl der Wertklassen im Schweinehandel erfuhr eine Vermehrung um zwei. Gleichzeitig setzte sich die Preissteigerung in scharfer Tendenz fort. Per 50 Kilogramm Lebendgewicht wurden gezahlt (Mark)

	1907	1908	1909
Berlin	55,7	61,7	67,6
Hamburg	50,4	58,8	69,7
Breslau	52,3	58,3	72,0
Dresden	58,2	63,5	70,9
Köln	53,3	59,8	67,7
Frankfurt a. M.	53,5	60,1	75,5
Stuttgart	59,7	65,4	78,1

O selig, o selig, ein Schweinezüchter zu sein! — Aber auch die Getreideproduzenten können mit der irdischen Vorlesung zufrieden sein. Die Weizenexport hat sich in den ersten drei Quartalen auf 44 1/2 Millionen gegen 28 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres gehoben, und zwar belief sich der Export

	1908	1909	1908	1909
	aus Mill. Mark	aus Mill. Mark	1908	1909
von Roggenmehl	6,92	13,18	894 227	621 766
„ Weizenmehl	20,94	81,32	984 867	1 078 008

Dabei springt in die Augen, um wieviel mehr sich der Wert der Exportur als die Exportmenge gehoben hat. Insbesondere beim Weizenmehl ist die „Spannung“, d. h. die Preisdifferenz eine starke. Sie wird vom deutschen Michel getragen. — Zwar ist der Preis des Roggenmehls ein wenig gesunken; aber die Exportpreise sind in 27 von 50 Orten im August und September gleich geblieben und auch selbster hat sich die Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis nicht verringert. So es aber geschehen ist, bleibt der Rückgang des letzteren trotzdem hinter der Preisermäßigung des Roggenmehls.

Die höchsten Weizenpreise seit 10 Jahren

brachte uns das 3. Quartal des laufenden Jahres. Wir entnehmen dem jetzt erschienenen Vierteljahrsbericht zur Statistik des Deutschen Reiches folgende Angaben über die Entwicklung der Getreidepreise an den Haupthandelsplätzen in den letzten beiden Jahren, denen wir aus früheren Veröffentlichungen diejenigen des Jahres 1900 zur Seite stellen. Es kosteten per 1000 Kilogramm im dritten Vierteljahr

	Weizen		Roggen	
	1909	1908	1909	1908
Berlin	238,7	210,6	156,0	182,2
Mannheim	253,0	236,2	179,9	180,8
Wien	268,8	215,4	143,7	174,9
Budapest	249,3	198,0	125,3	165,8
Odesa	169,2	176,0	115,4	125,0
Paris	199,7	184,7	164,1	136,6
Amsterdam	195,9	183,8	132,6	137,5
London (weiss bester)	195,1	156,5	141,1	—
London (Gazette average)	187,5	146,0	134,6	—
Chicago	162,8	144,9	116,7	—
Buenos Ayres	—	157,9	108,4	—

Mit einem Preise von 238,7 (Berlin) resp. 253,0 (Mannheim) M. für die Tonne Weizen hat also Deutschland nicht allein den höchsten Preis der letzten zehnjährigen Periode erklommen, sondern es steht auch mit Ausnahme von Oesterreich, dessen verkehrte Zollpolitik mit der Deutschlands weitest, mit diesen Preisen an der Spitze aller Länder. Interessant ist es auch, die Spannung zwischen den Jahren 1900 und 1909 zu vergleichen. Ueberall hat eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Preise stattgefunden. Während die Steigerung aber in Chicago z. B. nur 46 M., in London 54 M. resp. 53 M., in Amsterdam 63,3 M., in Paris 85,6 M. und in Odesa 54 M. beträgt, stellt sie sich in Berlin auf 82,7 M. und in Mannheim auf 73,1 M., in welcher Differenz deutlich die inzwischen eingetretene Zollsteigerung zum Ausdruck kommt.

In Bezug auf die Roggenpreise macht überhaupt kein Land Deutschland den ersten Platz streitig. Auch hier hat gegenüber dem Jahre 1900 eine enorme Steigerung stattgefunden, doch wurden die diesjährigen hohen Preise bereits einmal, und zwar von denen des Jahres 1907 übertroffen.

Dinnenschifffahrt.

Das 4. Vierteljahrheft 1909 zur Statistik des Deutschen Reichs bringt eine Uebersicht über den Verkehr an den wichtigsten Punkten der Deutschen Binnenschifffahrt und Kanäle in den Jahren 1872 bis 1908. Es sind dies für den Verkehr: der Remel: Schmalenkingen; der Deime: Labiau; des Fregels: Königsberg; des Frischen Daffs: Pillau; der Weichsel: Thorn; des Bromberger Kanals: die 2. Schleiße (Stromberg); der Oder: Kosel und Breslau; der Warthe: Küstrin; des Oder-Spree-Kanals: Fürstentum (Untere Schleiße); der Elbe: Hamburg, Magdeburg und Schandau; der Havel: Rathenower Schleusen; der Spree: Berlin; des Finowkanals: Eberswalde; der Weiser: Bremen; der Ems: Emden und Emden; des Dortmund-Ems-Kanals: Schleuse bei Reppen und Dortmund; des Rheins: Emmerich, Duisburg-Ruhrort, Duisburg-Hochfeld und die am Rheinufer gelegenen gewerblichen Anlagen, Köln, Ludwigshafen und Mannheim; des Redars: Mannheim; der Saar: Güttingen; des Mains: Frankfurt; des Rhein-Marne-Kanals: Lagarde-Johngrenze; der Donau: Passau.

Der Verkehr wird unterschieden nach Verkehr zu Berg und zu Tal (Ankunft, Abgang, Durchgang), nach der Zahl der beladenen und unbeladenen Frachtschiffe und deren Tragfähigkeit sowie nach den geladenen Gütern in 1000 Tonnen beziehungsweise nach dem in 1000 Tonnen ausgedrückten Gewichte der Fröhe; für die Jahre 1906, 1907 und 1908 sind die Jahreszahlen eingesetzt, für die Jahresmittel vorher Durchschnittszahlen berechnet worden.

Der stärkste Verkehr wurde für 1908 (1907 in Klammern) an folgenden Notierungsstellen ermittelt:

In Hamburg-Entenwälder (Obereibe) gingen durch: zu Berg 20 322 (20 788) beladene und 8103 (10 248) unbeladene Schiffe,

jene mit 3 799 000 (3 881 000) Tonnen Güter, zu Tal 19 114 (20 097) beladene und 13 628 (13 994) unbeladene Schiffe, jene mit 3 089 000 (2 970 000) Tonnen Güter.

Schandau (Elbe) passierten zu Berg (Ausfuhr) 3252 (3048) beladene Schiffe mit 646 000 (694 000) Tonnen Güterladung und 5135 (5529) unbeladene Schiffe, zu Tal (Einfuhr) 8984 (9262) beladene Schiffe mit 2 508 000 (2 807 000) Tonnen Ladung und 11 (22) unbeladene Schiffe. Der Durchgang an den Rathenower Schleusen (Havel) belief sich zu Berg auf 10 788 (10 277) beladene Schiffe mit 2 759 000 (2 858 000) Tonnen Ladung und 263 (365) unbeladene Schiffe, zu Tal auf 3543 (3300) beladene Schiffe mit 522 000 (507 000) Tonnen Ladung und 5449 (6719) unbeladene Schiffe. In Berlin (Spree und Kanäle) betrug die Ankunft zu Berg 15 714 (17 075) Schiffe mit 2 769 000 (3 058 000) Tonnen Ladung und 913 (1625) unbeladene Schiffe, die zu Tal 10 924 (13 592) Schiffe mit 2 210 000 (2 827 000) Tonnen Ladung und 2552 (2156) unbeladene Schiffe, in Eberswalde (Finowkanal) der Durchgang zu Berg (Richtung nach der Havel) 10 974 (12 018) Schiffe mit 1 699 000 (1 872 000) Tonnen Ladung und 200 (182) unbeladene Schiffe, der Durchgang zu Tal (Richtung nach der Oder) 3227 (3441) Schiffe mit 451 000 (499 000) Tonnen Ladung und 5203 (5922) unbeladene Schiffe.

In Emmerich (Rhein) wurden beim Durchgange zu Berg (Einfuhr) zusammen 22 270 (25 787) Schiffe mit 14 193 000 (16 000 000) Tonnen Ladung und 4506 (4114) unbeladene Schiffe, beim Durchgange zu Tal (Ausfuhr) 21 072 (20 264) beladene Schiffe mit 7 625 000 (7 189 000) Tonnen Ladung und 5828 (6650) unbeladene Schiffe, in Duisburg-Ruhrort als abgegangen zu Berg 4904 (5164) Schiffe mit 3 917 000 (3 645 000) Tonnen Ladung sowie 548 (565) unbeladene Schiffe, zu Tal aber 8994 (8129) Schiffe mit 3 078 000 (2 273 000) Tonnen Ladung und 1404 (1058) unbeladene Schiffe gezählt. In Mannheim (Rhein) kamen an zu Berg 9780 (9903) Schiffe mit 4 693 000 (4 886 000) Tonnen Ladung zu Tal 1623 (2334) Schiffe mit 103 000 (112 000) Tonnen Ladung. Ueber die Zahl der unbeladenen Schiffe liegen für letzteren Platz bei der Ankunft zu Berg für 1907 und 1908 sowie bei der Ankunft zu Tal für 1907 keine Angaben vor; für 1908 wurden 4 Schiffe als zu Tal angekommen notiert.

Die Trusts.

Wie der „New York Herald“ erfährt, haben Bierpont Morgan u. Co. die Mehrzahl der Aktien der „Equitable Life Assurance Society“ erworben und sich somit die Kontrolle in der genannten Gesellschaft gesichert.

Die Millionenfirma Morgan u. Co. hat damit die Allgewalt im Lebensversicherungswesen erlangt. Diese Kapitalkonzentration in Nordamerika ist zweifelsohne eine der gewaltigsten Erscheinungen im ökonomischen Leben der Gegenwart.

In Nordamerika bestehen zurzeit 440 Trusts, in denen gegen 9000 Firmen verschmolzen sind. Allein sieben dieser Trusts, darunter der Petroleum-, Kupfer-, Zucker- und Tabakarbeitertrust, verfügen über ein Kapital von über 10 000 Millionen Mark. Ein jeder der sechs großen Eisenbahntrusts besitzt 4000 Millionen, der Bierpont Morgan-Trust allein 5000 Millionen Mark. Das gesamte Bahnnetz Nordamerikas, dessen Durchführung 50 000 Millionen gekostet hat, ist in Händen von 2000 Gesellschaften, die das Publikum schröpfen, so gut sie eben können.

Dreiviertel dieses Bahnnetzes jedoch — mehr als das der ganz Europa zusammen — ist in Händen von sieben Personen: Morgan, Harriman, Vanderbilt, Reid, Hill, Gould, Moore.

Der Stahltrust schloß das Jahr 1908 mit einem Nettogewinn von 533 Millionen ab. Er beschäftigt zurzeit 170 000 Arbeiter. Der Hauptaktionär Carnegie verdient an ihm jährlich 80 Millionen d. h. also, er steckt 80 Millionen Ueberfluß, den die Arbeiter zusammenschorren, in seine Tasche.

Gerade dieser Tage hat sich wiederum ein Trust gebildet, w einer der großartigsten seiner Art, ein Trust, der die Telegraphen- und Telefonleitungen ganz Amerikas umfaßt. An der Spitze der Unternehmung steht Mr. Theodore Vail, ein Oudisler, der sein Laufbahn als Telephonarbeiter der „Union Pacific Railway“ begann. Der Trust umfaßt außer den großen Gesellschaften: The New York Telephone Comp., The Chicago Telephone Comp., The New England Telephone and Telegraph Comp., The Southern Telephone Comp., The Western Telephone and Telegraph Comp. noch eine ganze Anzahl.

Diskontermäßigung.

Die Bank von England hat am Donnerstag die schon längst ersehnte Ermäßigung des Diskonts von 5 auf 4 1/2 Proz. beschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Lektion.

Paris, 9. Dezember. (B. L. B.) Mehrere Hoch- und Mittelschulprofessoren haben gegen den Erzbischof von Paris, Monseigneur Amette, vor dem hiesigen Zivilgericht einen Prozeß angehängt, weil er als Mitunterzeichner des jüngsten Hirtenbriefes des französischen Erzbischofs den Gebrauch der von ihnen verfaßten Lehrbücher „in der einschiedenen und beleidigendsten Weise“ untersagt hatte. Jeder einzelne Kläger beansprucht eine Entschädigung von 10 000 Frank. Der Präsident des Zivilgerichts hat das Klagebegehren als berechtigt anerkannt und die Kläger ermächtigt, dem Erzbischof aufzutragen, in drei Tagen vor dem Zivilgericht zu erscheinen. Die Vertretung der Klage hat der Senator und frühere Justizminister Vallé übernommen.

Gegen die royalistischen Nabaubrüder.

Paris, 9. Dezember. (B. L. B.) Wegen der lärmenden Protestkundgebungen der royalistisch-nationalen Studentenschaft gegen die Wiederernennung des Professors Lyon-Caen zum Dekan der juristischen Fakultät und der hierdurch hervorgerufenen Aufrufen und Ausschreitungen hat der Unterrichtsminister heute nachmittag verfügt, daß diese Fakultät bis zum 12. Januar 1910 geschlossen bleibt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Trier, 9. Dezember. (B. L. B.) Sechs auf der Karlsbühne bei Diedenhofen mit Ausheben einer Fundamentgrube beschäftigte Arbeiter wurden durch nachrückende Erdmassen verschüttet. Einer ist tot, einer lebensgefährlich, die vier anderen leichter verletzt.

Guden, 9. Dezember. (B. L. B.) Der Dampfer „Euro“ ist bei Terschelling gestrandet. Bei der Bergung brach die Trocke des Schleppdampfers „Titan“, wobei ein Mann getötet, ein anderer verwundet wurde.

Der serbische Moloch will Futter.

Belgrad, 9. Dezember. (B. L. B.) Nach der „Politika“ verlangte der Kriegsminister von dem Finanzausschuß der Stupschina außer den bereits vorgesehenen 54 Millionen aus der Staatskassette die Bewilligung von 26 Millionen für die Ausrüstung der serbischen Armee und setzte infolge des Widerstandes des Ausschusses die Forderung auf 7 Millionen für den Bau neuer Kasernen herab, die durch die Vermehrung der Regimenter notwendig geworden sei.

Reichstag.

7. Sitzung, Donnerstag, den 9. Dezember 1909, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Bermuth, Kracht, von Tirpitz, von Schoen, Dernburg, Lisso, von Seringen.

Die Tribünen sind stark besetzt, namentlich die Diplomaten- und Bundesratslogen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Reichsminister von Bethmann Hollweg:

Der Etat, in dessen Beratung Sie heute eintreten, ist mit besonderer Vorsicht und Sorgfalt aufgestellt. Dies zu tun, war für die verbündeten Regierungen die erste praktische Forderung aus den Ereignissen der letzten Session. Die Einnahmen sind so veranschlagt, daß sich nach menschlicher Voraussicht das Ist mit dem Soll decken wird. Allen Anforderungen für die Aufrechterhaltung unserer Wehrmacht ist genügt. Allgemeine Rücksicht war es, das Maß des unbedingt notwendigen in keinem Ressort zu überschreiten. Der Anleihebedarf ist soweit als irgend möglich eingeschränkt. Mit den Regierungen werden die Parteien darin übereinstimmen, daß es unsere erste Aufgabe ist, dem Reiche eine solide Finanzgebarung zu sichern (Sehr richtig!) und bei der Lösung dieser Aufgabe werden auch die Parteien wieder miteinander arbeiten müssen, die bei den Steuern auseinander geraten sind, mögen ihre politischen Differenzen fortbauern oder nicht. Auf die Vorgänge der damaligen Zeit greife ich nicht zurück. Ich bespreche mir davon keinen Nutzen für die vorliegenden Geschäfte. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Nur einen Punkt muß ich kurz berühren. Man hat gefragt, weshalb die Regierungen in den wichtigsten Kampf über die Steuervorlagen nicht eingegriffen hätten. Es ist nicht richtig, daß sich die Regierungen in diesem Kampfe untätig verhalten haben. Was in den Streitigkeiten unmittelbar greifbar war, das waren unrichtige Berechnungen über die Verteuerung einzelner Verbrauchsgegenstände durch die neuen Steuern. Diesen unrichtigen Berechnungen sind die Regierungen in einer Reihe aufklärender Artikel entgegengetreten, allerdings ohne sich in die Parteipolemik einzumischen. Das haben die Regierungen unterlassen, nicht aus irgend welchen theoretischen Gründen und auch nicht, weil es ihnen an Mut gebrach hätte, für die Beschlüsse der Parteien einzutreten, die sich schließlich über die Bewilligung der Steuern verständigt hatten, sondern lediglich, weil sie sich keinen praktischen Erfolg davon versprochen. Verhindert hätten sie die leidenschaftliche Agitation doch nicht, dazu war die politische Erregung zu groß, und dafür ist die Kritik an jeder neuen Steuer zu leicht. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Anstatt zu beruhigen, hätten die Regierungen ihrerseits nur den Kampf immer aufs neue angezettelt.

Ueber die Verantwortung, die die Regierungen mit ihrer Zustimmung zu den Beschlüssen des Reichstages übernehmen, sind sie sich nie im Zweifel gewesen, ebensowenig haben sie sich auch nur einen Augenblick der Flut von Vorwürfen entzogen, die wegen dieser Zustimmung gegen sie gerichtet wurden. Aber ebenso, wie im Juli sind die verbündeten Regierungen auch heute davon überzeugt, daß es nur mit dieser Zustimmung möglich gewesen ist, einen Etat vorzulegen, der eine allmähliche Gesundung unserer Finanzen ermöglicht. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) In der Chronik sind die hauptsächlichsten gesetzgeberischen Arbeiten bezeichnet, die den Reichstag diesen Winter beschäftigen werden. Man hatte zum Teil erwartet, daß daneben noch ein allgemeines Programm hinzukommen wird. Diese Erwartung entspringt, wie mir scheint, in erster Linie Parteirücksichten. Daher auch das Verlangen nach programmatischen Erklärungen darüber, auf welche Parteikonstellationen die verbündeten Regierungen sich stützen wollen. So entschieden es die Parteien von jeder abgesehen haben und weiter ablehnen, Regierungspartei zu sein, ebensowenig wird in Deutschland jemals eine Regierung Parteiregierung sein können. (Lebhaftes sehr richtig! rechts, kürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten, Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Wir haben immer eine Parteiregierung gehabt, jetzt haben wir die schlimmste Parteiregierung: die konservativ-kerisale Parteiregierung! Lebhafter Widerspruch rechts, Glöde des Präsidenten.) Mit den Schwierigkeiten, die sich hieraus ergeben, hat noch jeder deutsche Staatsmann zu rechnen gehabt. Und an diesem Verhältnis, das in der Eigenart unseres Parteiwesens und in unseren Institutionen begründet ist, hat auch die letzte Kritik keinen deut-

ändert. (Beifall recht, Widerspruch links.) Gewiß, der Radikalismus hat ein lebhaftes Interesse daran, ganz Deutschland in zwei politische Lager zu trennen, je nach der Stellung, die die einzelnen Parteien zu den Steuervorlagen eingenommen haben. Er macht ausgezeichnete Geschäfte dabei (Sehr richtig! rechts, Laden links), aber dieser Dualismus ist eine Fiktion, die zwar zu Parteizwecken ausgenutzt wird, die aber trotz der Verbitterung bei uns auf die Dauer nur festgehalten werden kann, wenn zum Schaden unserer politischen Entwicklung große Parteien auf ihre Geschäfte, auf ihre Tradition und auf ihre Ziele verzichten wollen. (Lebhafter Beifall rechts, Laden bei den Sozialdemokraten.) Ich kann keinen Vorteil sehen, wenn es gelänge, den Gegensatz, der sich aus den neuen Steuern entwickelt hat, nun für alle Ewigkeit auf unsere gesamte politische Entwicklung fortwirken zu lassen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Eine absprechende Kritik hat die gegenwärtige Situation dadurch zu kennzeichnen geglaubt, daß sie von einer Periode der Stagnation, des Fortwursteln sprach; es wurde gesagt, den Reichstag würden in diesem Winter nur nächtliche geschäftsmäßige Vorlesungen, keine Fragen von bodypolitischer Bedeutung beschäftigen. Solch absprechendes Urteil ist nicht begründet. Wenn der Reichstag die ihm angebotenen Vorlagen erledigt, so wird er mit Genugtuung darauf zurückblicken können, reiche Arbeit geleistet zu haben. Und sind denn diese Vorlagen so geschäftsmäßig nüchtern, so jeden politischen Interesses entbehrend? Wenn man auf manche Stimme draußen hört, gewinnt man allerdings den Eindruck, als ob unsere politischen Kerben bereits abgestumpft wären, daß bedeutende Vorlagen der Sozialpolitik, der Rechtspflege, Fragen, die jahrzehntlang auf das Feststeigen von den Parteien umstritten sind, deren Lösung als ein dringendes politisches Bedürfnis bezeichnet wurde — man gewinnt den Eindruck, als ob Fragen von solcher Bedeutung jedes politische Interesse verloren haben in dem Augenblick, wo wir praktisch an ihre Lösung herantreten. (Sehr richtig! rechts, Laden links, Jurist bei den Sozialdemokraten: Das ist ein Kampf gegen Windmühle!) Ich verschließe meine Augen nicht vor der parteipolitischen Erregung, die das Land durchzieht. Aber es gibt doch auch weite Kreise, denen es nicht darum zu tun ist, nur mit einer ganz scharf gewürzten Kost, womöglich mit grundstürzenden Änderungen genädigt zu werden, sondern es gibt weite Kreise unseres Volkes, welche auf die Dauer nicht von der politischen Sensation und von der Verzögerung leben wollen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Was das Volk in erster Linie verlangt, ist doch, daß es in seiner wertvollsten Arbeit, mag sie wirtschaftlicher oder kultureller Art sein, hier und draußen auf dem Weltmarkt, nicht durch Unruhe oder Experimente gestört wird; sondern es will durch eine

„Politik der Stetigkeit und Festigkeit“

im Innern und nach Außen gestützt und gefördert werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum. Jurist bei den Sozialdemokraten.) Und glaubt man denn wirklich, daß diesem Verlangen, dieser Zielgestaltigkeit der Bedürfnisse unseres Volkes, die nach der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Bedingungen im Süden und Norden, im Osten und Westen unseres Vaterlandes in ganz verschiedenen politischen Konstellationen sich äußert, glaubt man, daß diesem Verlangen gedient wird, wenn auch nur die Gesetzesvorlagen, von denen ich sprach, unter das eine Schema gestellt werden, das nichts anderes kennt als die Schlagworte „Radikalismus“ und „Reaktion“? Das würde jede gesunde Entwicklung, jeden vernünftigen Fortschritt unmöglich machen. (Sehr richtig! rechts.)

zu dem Leben einer jeden Nation gehört der politische Kampf.

(Abg. Singer, Soz.: Also doch!) Aber keine Nation verträgt es auf die Dauer, durch sensationell zugelegte parteipolitische Streitigkeiten in Atem gehalten zu werden. Das muß zuletzt jedes Vertrauen im Innern und das Ansehen nach außen hin töten. (Sehr richtig! rechts.) und dazu sind unsere Zeiten nicht angetan. Wir können uns nicht den Luxus gestatten, uns bei Vergangenen aufzuhalten oder untätig zu sein. Wie Deutschland sich seine Stellung durch mühsamer Arbeit erworben hat, so kann es sie auch nur durch ebensolche Arbeit behaupten, und wie in Deutschland niemals eine einzelne Partei, eine einzelne Parteirichtung der deutschen Politik ihr Gepräge gegeben hat, sondern wie alle Kräfte des Volkes dabei mitgewirkt haben, so muß es auch in Zukunft bleiben. (Abg. Ledebour, Soz.: Der rechte Oberlehrer! Große Heiterkeit links.) Darin spricht sich nicht der in den letzten Wochen so viel bespötelte Ruf nach positiver Mitarbeit aus oder gar anglisierende Sorge um die momentane Schaffung einer parlamentarischen Majorität. Nein, meine Herren, nicht das, wohl aber die Ueberzeugung, daß es einen Zwang zum Schaffen gibt, den die Volksgemeinschaft jedem ihrer Glieder auf-

erlegt, und die Gewißheit, daß dieser Zwang auch die gegenwärtigen Irrungen und Wirrungen überdauern wird. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum. Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Bermuth:

Der Nachtragsetat bringt Ihnen fast lauter alte Bekannte. Er ist vor allem eine Folge der Besetzungsgesetze. Sein Gesamtbetrag macht 680 Millionen Mark aus. Das zeigt, wie wir mit bedächtiger Schnelle

von gesunden Matrikularbeiträgen bis zur Anleihe und zum chronischen Defizit

kommen. Unser Bestreben muß daher sein, den Anfang damit zu machen, durch einen auf Jahre hinaus berechneten Finanzplan unsere gesamte Finanzgebarung so zu führen, daß eine Entwicklung, wie die hinter uns liegende, vermieden wird. Der Etat von 1910 macht den Versuch, diese Entwicklung anzubahnen. Mit Zahlen will ich diese Behauptung nicht belegen, denn Zahlen führen zur Zweisprache. (Abg. Ledebour (Soz.): Eine hübsche Wendung! Der erste originelle Gedanke dieses Tages! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Ich bitte, nicht fortwährend zu unterbrechen. Herr Ledebour, Sie haben unterbrochen von dem Augenblick an, wo der Herr Reichsfinanzsekretär sprach. (Sehr richtig! rechts; Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Bermuth (fortfahrend): Die Ausgaben des ordentlichen Etats betragen insgesamt 2 660 500 586 M. Die eigenen Einnahmen schließen ab mit 2 432 048 586 M. Die einzige Ueberschusssteuer, die Prämiensteuer, ist eingeschätzt auf 180 Millionen Mark. Es verbleibt also durch ungedeckte Matrikularbeiträge zu decken ein Betrag von 48 512 000 M., d. h. 80 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung; genau der Betrag, der 1909 durch das Finanzgesetz den Bundesregierungen endgültig auferlegt worden ist. Darin liegt für mich der Angelpunkt des ganzen Etats.

Mit den Einnahmen von 1908 haben wir ungewöhnlich ungünstige Erfahrungen

gemacht. (Hört! hört!) Die Einnahmen aus den Zöllen sind um nicht weniger als 121 Millionen hinter dem Etat Soll zurückgeblieben: die Reichsstempelabgaben um 9 Millionen (davon die Personen- und Fahrkartensteuer um 5 Millionen), die Erbschaftsteuer um 12 Millionen, die Brandsteuer um 4 Millionen, der Minderüberschuß bei der Post- und Telegraphenverwaltung beträgt 16 Millionen, bei den Reichseisenbahnen 10 Millionen. Aus dem Vortage sind 9 Millionen zu wenig eingegangen. Kleine Steigerungen bei der Zuckerversteuer und dem Münzgewinn haben nicht verhindern können, daß das Gesamt-Soll der Einnahmen hinter dem Soll um 88 Millionen Mark zurückgeblieben ist.

Der Gesamtfehlbetrag für 1908 beträgt 200 Millionen.

Die Schuld liegt jedenfalls darin, daß der übliche 24-monatliche Durchschnitt bei der Schätzung benutzt ist, wobei aber zwei ausnahmeweise günstige Jahre, 1906 und 1907, in Betracht kamen. Es folgt daraus, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Abschätzung der Einnahmen mehr als bisher in Betracht gezogen werden müssen. Für 1909 sind die Ausfälle nicht so ungünstig; allerdings sind die Zölle schon mit 87 Millionen Mark niedriger eingeschätzt worden als 1908! Es liegt mir fern, prophezeien zu wollen, aber eine gewisse langsame, aber stetige Aufwärtsbewegung der Konjunktur macht sich jetzt im Erwerbsebenen bemerkbar.

Bei der Schätzung der neuen Steuern haben wir an der Grundlage der Finanzgesetze festhalten können. (Hört, hört! rechts.) Darüber allerdings waren sich wohl alle einig bei Erlaß der Steuererlasse, daß die für den Beherrschungszustand gedachten Einnahmen nicht für den Uebergangszustand des ersten Jahres gelten könnten. Von den 500 Millionen neuer Steuern sind nach den notwendigen Abzügen in den Etat für 1910 als Einnahmen eingestellt etwa 300 Millionen Mark. Die Durchführung der neuen Steuern ist natürlich eine sehr schwierige Aufgabe. Jedenfalls wird die Vorsicht gebieten, in Zukunft neue Ausgaben nur bei absolut sicher garantierter Deckung zu bewilligen. (Sehr richtig!)

Der Fehlbetrag für 1909 beträgt: 240 Millionen Mark.

Er wird sich erhöhen oder vermindern, je nachdem die Einnahmen aus den Zöllen mehr oder weniger als die Schätzung betragen. Die Absicht, zu einer Politik der Sparsamkeit überzugehen, werden Sie hoffentlich beim Etat von 1910 bemerken. Natürlich läßt sich das Sparen nicht mit einem Auf eininführen, aber sie werden zugeben, daß im neuen Etat die Ausgaben etwas an Schwungkraft eingebüßt haben. Bei den fortbauern Ausgaben des ordentlichen Etats ist ein Mehr von 14 Millionen für Heer und Marine enthalten, beruhend auf dem Flottengesetz und dem Gesetz über die Friedenspräsenzstärke.

Kleines Feuilleton.

Um eine Tänzerin. Welchen sonderbaren Aufgaben unter Umständen vor anderthalb Jahrhunderten die preussische Diplomatie Friedrich II. zu dienen hatte, erfährt man aus dem Buche „Barberina Campanini, eine Geliebte Friedrichs des Großen. Von Jean-Jacques Olivier und Wladi Korbert“ (Marquardt u. Co., Berlin 1909). Im September 1743 war die italienische Tänzerin, die sich in den wenigen Jahren ihres öffentlichen Auftretens zu Paris und London eine imposante Schaar von Verehrern sowohl ihrer Tanz-, als auch Liebeskünste erworben hatte, durch den preussischen Gesandten verpflichtet worden, an der „Comédie Française“ zu Berlin mit Beginn des nächsten Karnevals zu tanzen. Das Engagement muß ihr mittlerweile jedoch nicht sehr verlockend erschienen sein; jedenfalls zog sie es vor, mit ihrem derzeitigen Liebhaber, einem reichen jungen Schotten, sich in Venedig angenehmer zu unterhalten. Diese Treulosigkeit nun reizte den Jörn des großen Friedrich dergestalt, daß er sämtliche Blöße seiner frischen königlichen Macht und Majestät gegen die Verworfenen losließ. Zu ihrem Schlußpunkt in Venedig entdeckt, wurde die Barberina zunächst in Gär durch den preussischen Vertreter, den Grafen Gattaneo, an ihre Verpflichtung erinnert. Sie suchte Ausflüchte, worauf Friedrich beschloß, den Senat von Venedig gegen sie mobil zu machen. Der aber weigerte sich, die gewünschte Verhaftung vorzunehmen. Nun verbündete sich Gattaneo mit den Bevollmächtigten Frankreichs und Spaniens, die aber weder mit Güte noch mit Drohungen auch nur einen Fingerbreit mehr gegen die obstinate Vallerina gewannen. Der preussische Gesandte in Wien, Generalleutnant Graf Dohna, sowie der Gesandte Venedigs ebenfalls wurden veranlaßt, ihr Blick in der immer bedrohlicheren Angelegenheit zu versuchen; doch auch ohne den geringsten Erfolg. Da half der Zufall. Der venetianische Gesandte in London, der in die Heimat zurückkehrte, wurde auf preussischem Gebiet wider Sitte und Recht angehalten. Jetzt mußte der Senat nachgeben und ließ die Barberina verhaften. Als Gefangene wurde sie, unter Aufsicht eines alten Dohnaischen Hauswirtsmeisters, umständlich und nicht ohne gefährliche Abenteuer, die der betrogene Schotte heraufbeschwor, nach Berlin transportiert, wo sie im Mai 1744 eintraf. Die preussische Diplomatie hatte ihrem König im Frieden zwar keine Provinz, aber immerhin eine Tänzerin erobert, die ihm bald inniger als Herz wachsen sollte. Nach der ersten Begegnung mit der Barberina war er, der bekanntlich sonst die Reizung zum eigenen Geschlecht pflegte, von ihren weiblichen Reizen so hingerissen, daß er ihr die Aufkündigung der Gageziffer in ihrem Engagementsvertrag selbst überließ. Die Barberina, nicht blöde, bewertete ihre öffentlichen und privaten Leistungen für den Philosophen von Sanssouci mit der damals herrschenden Jahressumme von 5000 Talern. Voltaire sagt zwar in seinen Memoiren, daß der

König die Barberina nur geliebt habe, „weil sie die Reize eines Mannes hatte“, aber ihr doppeltes Engagement bestand doch zur beiderseitigen Zufriedenheit an vier Jahre, bis der Geheimrat Karl Ludwig v. Cocceji, der Sohn des Großkanzlers, die Tänzerin dem König und dem Ballett abspenstig machte, indem er sie zu seiner ehelichen Gemahlin erhob. Später von ihm getrennt, ist sie dann als adelstotze Gräfin von Campanini und Tugendwädlerin auf ihrer schließlichen Verweisung Warschau, wo sie ein heute noch bestehendes „Adliges Fräuleinsitz“ errichtet hatte, hochbetagt gestorben.

Die Moral in Indien. Der kostbarste Edelstein in der Krone des britischen Weltreiches, das Kaiserreich Indien, hat seinen Besitzern und Verwaltern in letzter Zeit mehr Sorgen als Freude bereitet, und es können nicht nur die Seuchen, an ihrer Spitze die Pest, gewesen sein, die zur Erregung der Unzufriedenheit im indischen Volke geführt haben. Zwar haben sich alle Maßnahmen, die gegen die Pest getroffen worden sind, als nahezu machtlos erwiesen, aber das indische Volk hat eine gehörige Portion von Fatalismus und ist außerdem, abgesehen von der neu hinzugekommenen Pest, an allerdand Epidemien so gewöhnt, daß daraus der unerfreuliche Zustand der Volkstimmung, der sich unlängst in einem so augenfälligen Aitenat gegen den höchsten Vertreter der regierenden Macht geäußert hat, nicht erklärt werden kann. Dies Ereignis ist auch nicht das einzige bedenkliche Merkmal. Weit schmerzlicher ist die Tatsache, daß die Häufigkeit der Verbrechen im letzten Jahr außerordentlich stark zugenommen hat. Der indische „Lancet“-Korrespondent, der über die Ergebnisse der jetzt fertiggestellten Statistik berichtet, teil mit, daß die Zahl der verhafteten Verbrecher im letzten Jahr im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 50 000 gestiegen ist. Die Schuld daran wird auf die schlechte Ernte im Jahre 1908 geschoben, von der alle Teile Indiens mit Ausnahme des östlichen Bengalen nebst Assam und Niederbirma zu leiden hatten. Als weiterer Grund wird eine Zunahme der Malaria, der Tuberkulose und Lungenkrankheiten genannt. Wie es auch sein mag, es bleibt die Tatsache, daß die Gefängnisbevölkerung in Indien während des vorletzten Jahres eine Ziffer von mehr als 100 000 erreichte, und dabei hat sich ein höchst bedenklicher Gesundheitszustand unter den Gefangenen gezeigt, indem nicht weniger als 81,8 vom Hundert der Gefangenen, also zwei Drittel aller, wegen irgendwelcher Erkrankung den Hospitälern zugeführt werden mußten, und die Sterblichkeit ist entsprechend betraut gestiegen, daß von 1000 Gefangenen im Durchschnitt 25 starben. Mit solchen Ziffern sollten sich die verantwortlichen Regierungskreise zu allererst gründlich beschäftigen.

Theater.

Neues Schauspielhaus: Gastspiel des englischen Theaters. Die deutsche Schauspielerin Meta Jilling führt

mit einer englischen Truppe in deutschen Städten englische Stücke auf in der Absicht, uns mit dem englischen Theater der letzten hundert Jahre vertraut zu machen und uns so eine Art Anschauungsunterricht zu erteilen. Man begann hier am Mittwoch mit einer Liebes- und Intrigenkomödie Oliber Goldsmiths: „Sho stoops to conquer“. Das sehr bekannte und in England auch heute noch geschätzte Stück aus dem Jahre 1775 (wörtlich überlegt: Sie erniedrigt sich, um emporensteigen — also etwa: die belohnte Demut) gibt einen ganz guten Begriff von dem harmlosen, bürgerlichen, moralisierenden Familiensück des 18. Jahrhunderts. Freilich reicht es in seiner Bedeutung keineswegs an den „Farrer von Wakefield“ desselben Verfassers, den Roman, der nicht nur in der Belletratur keine dauernde Bedeutung hat und ein Stück bürgerlichen Klassenkampfes literarisch ipegelt, sondern auch heute noch frisch und unverstaubt wirkt. Wir finden aber auch in der Komödie verwandte Jüge. Die muntere Tochter des Gutbesitzers, die die Liebe des vornehmen, aber die vornehmen Damen verabschwendenden Herrn gewinnt, weil sie sich schlicht und natürlich gibt (er hält sie für ein Schenkmädchen, wie er ihren Vater, bei dem er eingetretet ist, in Folge einer Intrige für einen Gastwirt hält), erinnert lebhaft an die eine Tochter des Landpredigers. Die Truppe beachtetigt keineswegs irgendwie als etwas Besonderes gelten zu wollen. Sie will sechste und recht kulturhistorisch und pädagogisch wirken (dabei auch Gelegenheit bieten, gesprochenes Englisch von der Bühne zu hören). Innumerkin gab sie ein Bild davon, wie man etwa in England heute Goldmünch spielt. Kostüme und Ausstattung sind realistisch-historisch wie bei uns, die Darstellung aber bietet manches, was wir nicht gewohnt sind: allerlei Späße, Clownhaftes und Groteskes. Die „lustige Person“, die von unserer Bühne längst verdrängt ist, zeigt sich hier noch lebendig in einem jungen Panten und Lufikus, der die Intrige einfädelt und zu gutem Ende führt und nebenbei in ausgelassenem und durch den Dasteller stark forcierten Maße für die Komik sorgt.

Notizen.

Der Maler Hermann Kaubach, der Sohn seines berühmteren Vaters Wilhelm K., ist in München im Alter von 63 Jahren gestorben. Er hatte zu der von Piloty bestimmten Wandmaler Schule der Historienmaler gehört, die bald im Stille der großen Oper, bald genehast Geschäfte malte. Wohl am bekanntesten ist sein Bild: Lucrècia Borgia tanzt vor Papst Alexander VI. — Kingdon Cool. In Amerika geht der Kampf um die Nordpolentdeckung in den dort üblichen Formen der sportlichen Leidenschaft immer noch weiter. Wir verschonen unsere Leser mit den Einzelheiten der sensationellen und unkontrollierbaren Entschlüssen. Wie das Kopenhagener Blatt „Politiken“ meldet, ist jetzt auch dort verjucht worden, mit amerikanischem Gelde einen Zeitungsstreik zu initiieren. Bisher ohne Erfolg.

Die einmaligen Ausgaben des Deutschen Reichs zeigen völligen Stillstand, ja sogar mäßigen Rückgang. Wenn der neue Etat sich nun auch keineswegs neuen Aufgaben entzieht, so ist doch streng an dem Standpunkt festzuhalten: keine Ausgaben ohne Deckung! Dem Anwachsen des Beamtenapparats haben wir nach Möglichkeit vorzubeugen gesucht. (Bravo! rechts.) Wie weit die Abfindung der Sozialisten im neuen Etat durchgeführt ist, werden Sie zu beurteilen haben. Bedenken Sie dabei, daß der Etat das erste Glied in einer Kette ist. Ich glaube, Sie werden mit mir der Meinung sein, daß unsere Finanzwirtschaft sich an einem Scheidewege befindet. Ich bitte Sie, mit den Verbündeten Regierungen den Weg wählen zu wollen, der zwar nicht ohne Dornen und Entbehrungen ist, aber doch wohl auf festen und auch auf fruchtbaren Boden führen wird. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Hertling (Z.):

Der vorgelegte Etat macht auf uns im großen und ganzen einen günstigen Eindruck. Es ist gelungen, die einmaligen Ausgaben des Militäretats um 42 Millionen zu verringern. Die Einnahmen aus den neuen Steuern sind vorsichtig eingelegt. Daß die Finanzreform Hiasco gemacht hat, ist eine vollständig falsche Behauptung (Sehr richtig! rechts und im Zentrum), im Gegenteil zeigt der Etat, daß sie befriedigend und erfolgreich gewesen ist! (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Grundzüge, die der Schatzsekretär entwickelt hat, billigen wir, vor allem dürfen diese Ausgaben nur bewilligt werden, wenn die Deckung sicher ist. Möge der Schatzsekretär seine Grundzüge durchführen und der Reichskanzler ihn dabei unterstützen; denn das ist sicher: neue Steuern dürfen dem deutschen Volk in absehbarer Zeit nicht auferlegt werden. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum. Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Die Beseitigung aller Schwierigkeiten in Marokko.

von welcher die Thronrede spricht, erfüllt uns mit besonderer Befriedigung. Auf keinen Fall dürfte der Ansicht entsprochen, als ob das Deutsche Reich als Schutzmacht des Islams in Marokko auftritt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Möge eine konstante Friedenspolitik das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich stärken.

Eine Zeitlang schien es, als ob der Friede auf dem Balkan gestört würde. Als es aber klar wurde, daß das Deutsche Reich hinter Österreich stehe, war die Kriegsgefahr beseitigt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ueber unser Verhältnis mit England und unsere friedliche Gesinnung gegenüber England ist hier schon so oft gesprochen, daß ich nicht hinzufügen brauche, doch möge die deutsche Politik sich bei der Kriegesfrage nicht in das Schlepptau einer gewissen englischen Presse nehmen lassen. (Zustimmung im Zentrum.) Für die Vorkämpfer am Kongo kann nicht die gegenwärtige belgische Regierung verantwortlich gemacht werden (Sehr wahr! im Zentrum. Lachen bei den Sozialdemokraten), sie hat vielmehr ein Reformprogramm aufgestellt, das sie loyal auszuführen gedenkt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die englische Verfassung

ist gegenwärtig in einem bedeutenden Durchgangsstadium. Schon vor Jahren haben Kenner des englischen Verfassungslebens gesagt, das englische Parlament werde ein ganz anderes Aussehen gewinnen, wenn Vertreter einer selbstständigen Arbeiterpartei dort einzöhen. Was aber das Aussehen an den gegenwärtigen Zuständen in England noch mehr interessiert, ist die Frage, ob England, dessen Freiheitspolitik gegenüber unserer Wirtschaftspolitik hier so oft gerühmt worden ist, sich zur Schutzpolitik wenden wird. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Wir haben eine Steuerhebe erlebt, wie sie schimmer nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Solches Maß von Unwahrheiten (Sehr wahr! im Zentrum), von absichtlicher Irreführung (Sehr wahr! im Zentrum) zeigte sich (Juras bei den Sozialdemokraten: Besonders in der Zentrumspresse! Große Heiterkeit links), daß man wahrhaft erstaunt sein mußte. Sagte man doch: wenn die Erbschaftsteuer bewilligt wäre, wären indirekte Steuern überhaupt nicht nötig gewesen, und sagte man doch auch: das Zentrum habe nur deshalb gegen die Erbschaftsteuer gestimmt, damit nicht der Erbselekt des katholischen Klerus ein Ende gemacht werde. (Heiterkeit im Zentrum.) Gegenüber dieser Irreführung des Volkes wäre wohl eine nachdrückliche Aufklärung seitens der Regierung am Platze gewesen. (Zustimmung im Zentrum.)

Die Preissteigerung ist weit über das durch die neuen Steuern bedingte Maß erfolgt, und hoffentlich werden die Preise bald wieder auf das normale Maß zurückgehen. Wenn freilich die Nachrichten von der Bildung eines Hindholzhandels sich bewahrheiten, so wäre es vielleicht besser gewesen, ein Monopol einzuführen, als sich der willkürlichen Preissteigerung durch ein Syndikat auszuliefern. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ein Ende des Nationalitätenhabers in unserem Osten ist leider noch nicht abzusehen. Es ist ein hartes Stück, wenn deutsche Staatsbürger, die ihr Wahlrecht ausüben und bei der Stadtverordnetenwahl einem polnischen Kandidaten ihre Stimme geben, dafür gemahregelt werden. In dieser Politik sehe ich kein Ende und Ziel und vermisse das Programm eines weitanschauenden Staatsmannes. (Juras bei den Sozialdemokraten.) Die 20 Millionen Katholiken haben Anspruch auf volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Katholiken werden aber zu bedeutenden Staatsämtern fast gar nicht herangezogen. (Widerpruch links.) Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei! (Stürmisches Gelächter links.) Das beweist unsere ganze Geschichte. (Erneute Heiterkeit links.) Nehmen Sie doch unseren Toleranzantrag an! Ich wünsche, daß eine Vernehmung der Konfessionen eintritt, wie sie in anderen Ländern schon längst besteht. (Juras bei den Sozialdemokraten: Zum Beispiel in Spanien! Stürmisches Gelächter links.) Was sollten die bürgerlichen Parteien Woffenshänd schließen und zum Wohle des Vaterlandes zusammenarbeiten. (Lachen links.) Wir sind auch in Zukunft zur Mitarbeit bereit, und wir meinen auch mit dem Reichskanzler, daß die uns vorliegenden Aufgaben durchaus nicht das Kennzeichen einer Stagnation bilden. (Lebhafte Bravo! im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Richter (L.):

Wir begrüßen den Appell des Herrn Reichskanzlers an die bürgerlichen Parteien, den Kampf der Vergangenheit ruhen zu lassen und zum Segen des Vaterlandes gemeinsam zu arbeiten. Wir werden eine solche Mitarbeit von jeder der bürgerlichen Parteien gern annehmen. (Bravo! rechts, Lachen links.) Vielfach ist schon eine Verabbarung über die neuen Besitzsteuern eingetreten; leider ist dasselbe nicht auch in bezug auf die indirekten Steuern zu sagen. Mit der Zeit wird aber auch das von diesen Steuern betroffene Publikum einsehen, daß die Steuern Gutes wirken. (Lachen links.)

Was die auswärtige Politik anlangt, so wird der Herr Reichskanzler offensichtlich in der Lage sein, uns die nötige Aufklärung über Marokko zu geben. Im allgemeinen können wir unserer auswärtigen Politik wohl mit Ruhe entgegensehen. In der Wirtschaftspolitik verfolgen wir nach wie vor nicht rein agrarische Interessen (Lachen links), sondern wir treten ein auch für eine Förderung von Handel und Industrie.

Was die Ausführungen des Herrn Vorredners anbetrifft, so stelle ich fest, daß unsere Partei selbständig da steht und ihre Politik treibt nach ihrem eigenen Gewissen; sie verfolgt ihre Interessen zum Wohle des Vaterlandes. (Gelächter links.) Die Interessen der Katholiken zu schädigen, liegt uns fern. Die Vollenfrage ist im allgemeinen keine Frage des Reichstages, sondern der Einzelstaaten. Aber das kann ich sagen: Wir werden nach wie vor die Vollen wie andere Staatsbürger unparteiisch zu behandeln wissen. (Lachen bei den Polen.)

Abg. Bassermann (natl.):

Im Gegensatz zu der Thronrede von 1907 nach den Wahlen trat die neueste Thronrede keinen ausgesprochen politischen Charakter; sie war trocken und nüchtern. An Stelle der Begeisterung von 1907 ist Enttäuschung, zum Teil starke Erbitterung getreten. (Sehr wahr! links.)

Wenn Sie auf England schauen mit seiner langen parlamentarischen Vergangenheit und auf die Kämpfe, die dort jetzt bei der Vorbereitung der Wahlen geführt werden, so werden Sie zugeben, daß diese an Kraft und Stärke erheblich hinausgehen über die Kämpfe, die Deutschland zurzeit bewegen. Das liegt wohl daran, weil das englische Volk wegen der längeren Gewöhnung an das parlamentarische Leben in allen Schichten stärker von den Dingen berührt wird. Man hat uns antinationalen Haltung vorgeworfen. Was würde die Minorität des englischen Unterhauses, was würden die Lords sagen, wenn man denen, die in dieser Steuerreform, wo es sich um große Summen handelt, nicht den Weg gehen wollen, den Lloyd George vorgeschlagen hat, vorhalten sollte: Ihr erkennt wohl den Finanzbedarf an, aber Ihr weigert Euch, zu der Mehrheit überzutreten! Man würde diesen Vorwurf reichlich lächerlich finden. Deshalb sollten wir zu der Mehrheit überreten, um ihr den Befallen zu tun, daß bei dieser Mehrheit auch eine liberale Partei dabei war? (Sehr gut! links.) Es war von der Regierung feierlich erklärt worden, daß ohne Erbschaftsteuer keine Reichsfinanzreform zu Stande kommen sollte. Daran haben wir festgehalten.

Man sagt, unsere Politik entspringe ausschließlich der Vereinigung durch die Jungliberalen, unsere Absicht sei, einen Großklub von Herrn Bebel bis zu meiner Fraktion zu errichten, oder man sagt: der Evangelische Bund säße bei uns die Jügel. Wer die Verhältnisse in unserer Partei kennt, weiß, aus wie verschiedenen Elementen sie zusammengesetzt ist. Wir gingen bei dieser Steuerreform davon aus, daß in ihr der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit zum Ausdruck kommen müsse, daß das Vaterland Schäden erleiden müsse, wenn dieser Gesichtspunkt außer acht gelassen werde. (Sehr gut! links.) Bei der Finanzreform haben wir lediglich den Standpunkt festgehalten, der in feierlichen Erklärungen der Regierung niedergelegt war. (Zustimmung links.) Die liberalen Parteien haben keineswegs verlagert, sie haben anerkannt, daß die Finanzreform nicht möglich ohne namhafte Erhöhung der Konsumsteuern (Hört! hört! rechts), aber wir haben auch nie einen Zweifel gelassen, daß wir ihr ohne allgemeine Besitzsteuer nicht zustimmen können. (Zustimmung bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Eine solche ist die Erbschaftsteuer; aber wir waren auch bereit, sie zurückzustellen zugunsten einer Reichsvermögenssteuer. Das ist nicht gelungen. Wir haben daher an der Deszendentensteuer festgehalten. Von ernsthaften Politikern ist erklärt worden, das Zentrum habe seine Mitwirkung bei der Finanzreform von der Ablehnung der Erbschaftsteuer abhängig gemacht. Es habe diese Ablehnung zur alleinigen Bedingung der Mitwirkung gemacht. (Hört! hört! links.)

Ueber die Haltung meiner Partei zur Präsidentenfrage muß ich folgendes erklären: Das Präsidium des Jahres 1907 war ein ausgesprochen politisches Präsidium. Durch das Zusammenwirken von Konservativen und Liberalen wurde dem Zentrum der Anspruch auf den Posten des ersten Präsidenten verlagert und darauf lehnte das Zentrum überhaupt ab, in das Präsidium einzutreten. Nachdem jetzt eine neue Konstellation eingetreten ist, nahm das Zentrum den Posten des ersten Vizepräsidenten an. Uns trennen von dem Zentrum und den Konservativen Monate des schmerzlichen Kampfes, und da sind wir nach reiflicher Erwägung zu der Meinung gekommen, daß es im weitesten Umfange im Lande als ein Aufgeben unseres bisherigen Standpunktes angesehen würde, wenn wir nach einer Vereinbarung mit der neuen Mehrheit in das Präsidium eingetreten wären. (Lebhafte Zustimmung links bei den Nationalliberalen.) Selbstverständlich sind unsere Herzen tief bewegt von Ihrer (nach rechts) Sorge, daß wir uns damit selbst ausschalten könnten, und wir sind auch überzeugt davon, daß Ihre Fürsorge für unsere Interessen durchaus ungenügend ist. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Ueber das Gebiet der Sozialpolitik hat die Sozialdemokratie die Prophezeiung ausgesprochen, es werde durch den neuen Bloch ein Stillstand eintreten. Von autoritativer Seite aber, von dem gegenwärtigen Reichskanzler, ist schon im Dezember 1907 gesagt worden: nun erst recht Sozialpolitik! Es ist ja auch die Reichsversicherungsordnung angefangen, das Arbeitsordnungsgesetz soll vorgelegt werden und ebenso Teile der Gewerbeordnungsnovelle.

Dem Etat können wir das Zeugnis ausstellen, daß er sparsam aufgestellt ist. Die neuen Steuern sind doch erheblich hinter den Vorschlägen zurückgeblieben. Der Ausfall ist so groß, daß er auch nach Ueberwindung des Uebergangsstadiums nicht eingeholt werden kann.

Auskunft wünschen wir u. a. über die Zusammenkunft von Raeconti. Freilich kommt solchen Monarchenzusammenkünften nicht die entscheidende Bedeutung für die politischen Verhältnisse zwischen den Ländern zu, da spielen stärkere Momente eine Rolle. (Sehr richtig! links.) Die Erfolge unserer Kolonialpolitik sind erfreulich. Daß das Zentrum keine konfessionelle Partei sei, können wir nicht zugeben. Das Zentrum hat es stets für seine Aufgabe gehalten, die katholische Weltanschauung zu propagieren. (Sehr wahr! links.)

Im Gegensatz zu der Erwartung der Thronrede von 1907 ist die Sozialdemokratie im steten Vormarsch

begriffen. Der „Vorwärts“ kann Tag für Tag von neuen Erfolgen melden. (Juras rechts: Ihre Schuld!) Dieser Juras beweist, daß Sie doch wohl nicht wissen, welche Erbitterung und Mißstimmung in weiten Kreisen des Volkes herrscht (Lebhafte Zustimmung links), auch in ganz ultramontanen oder konservativen Wahlkreisen, wo die liberale Presse kaum hineinkommt. Wir werden uns durch Ihre (nach rechts) Beschwerden nicht abhalten lassen, in den zwei Jahren bis zu den Wahlen über die Reichsfinanzreform das zu sagen, was wir für notwendig halten. (Bravo! links.) Uebrigens haben ja die Wahlen von 1907 gezeigt, daß wenn der sozialdemokratische Vormarsch zu weit geht, das Volk weiß, was es zu tun hat. Was das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie betrifft, so erinnere ich an die Haltung des Zentrums und des Bundes der Landwirte in Neuflod-London. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Also jeder treue Vor seiner Art!

Nun hat man davon gesprochen, daß große Aufgaben

gestellt werden sollen, um die bürgerlichen Parteien zu einigen. Preußen ist in der Lage, eine solche große Aufgabe zu haben:

die Wahlrechtsfrage,

die von Bedeutung ist über Preußen hinaus. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Reform des Wahlrechts ist in der Thronrede angeklagt worden, und der Mittelstand in ganz Deutschland, nicht nur in Preußen, beschäftigt sich mit ihr und stellt die Forderung des gemeinsamen Wahlrechts auf. (Lebhafte Zustimmung links bei den Nationalliberalen.) Diese Forderung ist

ein Minimum,

einmal, um die Ueberwindung des Wahlrechts auf dem Lande und der Welt zu schaffen, und dann, um dem sozialdemokratischen Terrorismus zu begegnen. (Stürmisches Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Eine weitere große Aufgabe hat Preußen, nämlich eine führende Rolle auf dem Gebiete der Sozialreform zu übernehmen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Wir teilen die Meinung nicht, daß es heute schon an der Zeit sei, mit einer neuen Steueranlage an den Reichstag heranzutreten. Ueber vielfach ist die Absicht hervorgehoben, die Deszendentensteuer für die Einzelstaaten zu reservieren, und deshalb müßte die Hand des Reiches darauf gelegt werden, denn auch das Zentrum und die Konservativen werden zugeben, daß man bei einer künftigen Finanzreform mit indirekten Steuern allein nicht auskommen wird, und wenn dann die Deszendentensteuer nicht kommt, so kommen wie naturgemäß zur Reichsvermögenssteuer. (Lebhafte Zustimmung links bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Wer im Anschließen der Sozialdemokratie Gefahren erkennt, der müßte dafür sorgen, daß eine solche Finanzreform nicht mehr verabschiedet wird. Denn durch sie erzeugt man ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie und eine Situation, die nur den Sozialdemokraten Freude macht und denen, die als frivole

va Banque-Spieler mit dem Gedanken des Staatsstreichs spielen. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Die Zukunft gehört dem Sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt; dieser Erkenntnis wird sich auch die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht entziehen können. Je mehr sie eintrifft in die Einzelanträge und in die Meinungen, um so mehr wird sie ihre inhaltstleer gewordenen Utopien, ihren einseitigen Klassenstandpunkt und ihre republikanischen Ideen aufgeben müssen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlagert das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 7/8 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Das Attentat im Reichsgerichtsgebäude vor den Geschworenen.

Vor dem Leipziger Schwurgericht nahm gestern, wie uns telegraphisch wurde, der Prozeß gegen den Kaufmann Oswald Großer aus Steglitz bei Berlin seinen Anfang, der unter der Anklage des vollendeten und des versuchten Totschlages steht. Der Anklage zugrunde liegt jene bekannte Missetat im Reichsgerichtsgebäude vom 14. November vorigen Jahres, die im Anschluß an die Vernehmung Großers vor dem vierten Zivilsenat des Reichsgerichts in einer Erbschaftsangelegenheit erfolgte. Großer war durch alle Instanzen mit einem Erbschaftsanspruch von 175 000 M., den er an seine Schwägerin zu haben glaubte, abgewiesen worden, und auch das Reichsgericht hatte die Entscheidungen der Vorinstanzen bestätigt. Kaum hatte der Senatspräsident die Verkündung verkündet, als Großer, der sich im Zuschauerraum aufhielt, einen Revolver aus der Tasche zog und hintereinander mehrere Schüsse auf den Gerichtshof abgab. Nachdem dieser Revolver abgefeuert war, ergriff Großer einen zweiten kleineren Revolver und feuerte nunmehr auf den beifitzenden Reichsgerichtsrat Männer, der zur Abwehr ihm einen Altentrichter entgegengeworfen hatte, mehrere Schüsse ab. Reichsgerichtsrat Männer wurde an der rechten Brustseite schwer verwundet. Dem Protokollführer, Kanzleramt Straßburg, war die rechte Hand durchschossen und der Darm verletzt worden; viele Verletzungen waren tödlich. Großer rechtfertigte seine Tat mit dem bitteren Unrecht, das ihm die Gerichte zugesagt hätten. Er habe einmal ein Exempel statuieren wollen. Es war lange fraglich, ob gegen Großer überhaupt verhandelt würde, da man Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit hatte. Es bedurfte erst einer Beschwerde der Leipziger Staatsanwaltschaft gegen einen bereits ergangenen Einstellungsbefehl um die Verhandlungen gegen Großer zu ermöglichen.

Die Tat sowohl wie das ganze Verhalten Großers liehen Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit aufkommen. Großer wurde daher in die Irrenanstalt Sonnenstein zur Beobachtung übergeführt. Der Direktor der Anstalt, Geheimrat Dr. Weber, kam zu dem Schluß, daß Großer zwar in der Aufregung gehandelt habe, aber nicht als unzurechnungsfähig anzusehen sei. Infolgedessen wurde nicht Anklage wegen Mordes erhoben, sondern wegen vorsätzlicher Tötung des Kanzleramts Straßburg und wegen verübter vorsätzlicher Tötung. Auf Beschwerde des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Halpert-Berlin ordnete die Strafkammer nachmalige Untersuchung Großers auf seinen Geisteszustand an und Geheimrat Weber kam nach erneuter Beobachtung dahin, daß Großer zur Zeit der Tat wahrscheinlich unzurechnungsfähig war. Großer wurde infolgedessen außer Verfolgung gesetzt. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft wurde dieser Beschluß jedoch wieder aufgehoben.

In der gestrigen Verhandlung legte der Angeklagte in großer Ausführlichkeit seine Lebensgeschichte dar. Dabei erhebt er allerlei traurige Beschuldigungen gegen seine Verwandten, gegen Beamte und Behörden. Gegen den Versuch des Vorsitzenden und des Oberstaatsanwalts Böhm, den Angeklagten dazu zu veranlassen, sich fänger zu fassen, wendet sich der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Halpert-Berlin. Für das Gericht und für die Psychiater sei eine unbeschränkte Darlegung des Angeklagten erforderlich. Die ärztlichen Sachverständigen schließen sich dieser Ansicht an. Der Vorsitzende erzuht den Angeklagten, bei seinen weiteren Ausführungen Beleidigungen zu unterlassen. Als der offensichtlich geistig nicht normale Angeklagte dann fortfährt, alle möglichen Beschuldigungen zu erheben, unterbricht der Vorsitzende ihn dahin: Wenn Sie so fortfahren, muß ich die Öffentlichkeit ausschließen. Verteidiger Rechtsanwalt Halpert: Ich weiß nicht, ob sich hierfür eine Handhabe bieten dürfte. Vors.: Das zu ernennen, würde doch Sache des Gerichts sein. Verteidiger Rechtsanwalt Halpert: Für die Verteidigung ist es wichtig, daß der Angeklagte sich ausdrückt, damit wir in sein Gemütsleben hineinschauen können. Die Beleidigung ist der Meinung, daß wir es mit einem Querulanten zu tun haben auf paranoischer Basis. Die Sachverständigen werden bestätigen, daß es solche Kranke gibt und daß solche Kranke nur zu erkennen sind, wenn man sie ausführlich sprechen läßt. Vors.: Ich bin nicht in der Lage, alle diese Beleidigungen gegen die Justiz, gegen alle Gerichte, gegen alle Richter hier öffentlich hinauszugehen zu lassen. Es wird dann doch nötig werden, Mittel und Wege zum Ausschluß der Öffentlichkeit zu suchen. Oberstaatsanwalt Böhm: Der Versuch war 1905 und die Tat ist 1908 verübt worden. Angell. Großer: Wollen Sie das wiederholen, ich habe nicht verstanden, meine Verteidiger auch nicht. Oberstaatsanwalt: Ich habe nicht zu Ihnen gesprochen, sondern zum Gericht. Verteidiger Rechtsanwalt Halpert: Ich bitte um Verzeihung. Ich möchte doch bemerken, daß etwas, was für das Gericht gesprochen wird, doch auch dem Angeklagten als einem mit am Prozeß Beteiligten verständlich sein muß.

Der Oberstaatsanwalt wiederholt seine Worte und setzt hinzu: Es scheint beabsichtigt zu sein, daß der Angeklagte sich in die Wölle redet, damit er sich das Nir eines Wahnsinnigen gibt. — Die Verteidiger widersprechen dieser Behauptung. — Angell.: Es ist doch nicht möglich, anzunehmen, daß ein Richter so dumm ist, daß er die Gesehesparagrafen nicht kennt. Es handelt sich also um Willkür, um Betrug. Es tut mir leid, sagen zu müssen, daß das deutsche Volk um sein Recht betrogen wird. . . . Vors. (unterbrechend): Das Gericht wird jetzt beschließen, ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden muß. — Oberstaatsanwalt Böhm stellt einen entsprechenden Antrag. Die öffentliche Ordnung werde dadurch gestört, daß in öffentlicher Verhandlung solche Beschuldigungen gegen einen ganzen Stand, ein ganzes Land in die Welt gesetzt werden. — Verteidiger Leonhard Friedmann: Das Geseh verlangt nicht nur die Möglichkeit einer Stärkung der Ordnung, sondern die tatsächliche Gefährdung derselben. Dadurch, daß von einem Mann, von dem ein Gericht gesagt hat, es sei mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er geisteskrank gewesen sei, solche Beschuldigungen erhoben werden, entficht nach nicht einmal die Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Außerdem würde man hier einen Präzedenzfall schaffen, der noch nicht vorgekommen ist. Es würde ein Unikum sein, daß Angriffe eines Angeklagten gegen staatliche Einrichtungen als Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen werden.

Nach einer längeren Pause verkündet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, folgenden Beschluß des Gerichts: Es wird für die weitere verantwortliche Vernehmung des Angeklagten, soweit sie sich auf die vorliegenden Prozesse erzieht, die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte hat in ausreichender Weise Personen und Staatseinrichtungen, insbesondere den preussischen Staat, Polizei, Gerichte und Behörden, angegriffen. Gegen den Versuch des Gerichtsvorsitzenden, diese Ausführungen abzuschneiden, haben die Sachverständigen Einspruch erhoben, weil die freie Aussprache ihnen einen Einblick in das Seelenleben des Angeklagten zu gewähren geeignet sei. Es ist zu erwarten, daß der freie Aussprache die aufreizenden Reden des Angeklagten sich noch weiter steigern werden und daß sie in der Öffentlichkeit aufeigend und bewundernd wirken werden. Das Gericht hat daher wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Staatssicherheit für die Dauer der Vernehmung des Angeklagten die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Gerichtssaal muß geräumt werden; die anwesenden Reichsgerichtsräte und die nicht ausgelassen Geschworenen dürfen der Verhandlung beiwohnen. Die Verhandlung geht weiter. Nach zweifelhafter geheimer Verhandlung wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Eine Reihe von Eingaben des Angeklagten an Reichsgerichtsräte, den Präsidenten des Reichsgerichts, den Kammergerichtspräsidenten und eine Petition des Angeklagten gelangen zur Verlesung. In allen diesen Schriftstücken erhebt der Angeklagte über angebliche Rechtsverletzung durch bestimmte Richter lebhaftest Klage. Ein Schreiben schließt: „Wird mir auch hier nicht Gerechtigkeit werden, dann werde ich die Konsequenzen ziehen müssen.“

Hierauf werden die Verhandlungen auf heute früh verlagert.

Die Affäre des Leutnants a. D. Richard Schramm
wurde gestern in ihrem letzten Teil vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Zur Anklage standen noch die zwei Betrugsfälle, welche von dem am 22. vorigen Monats zur Verhandlung gelangten Strafverfahren abgetrennt worden waren. In jenem Verfahren war der Angeklagte von der Anklage des Betruges und Verschwendung anderer Vergehen freigesprochen worden. Dagegen wurde er, wie feinerzeit mitgeteilt, wegen Körperverletzung des Direktors Martin Ball, den er mit einer Hundepistole geschlagen hatte, zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. In den übrigen beiden Fällen handelte es sich um folgendes: Der Angeklagte Schramm hatte sich feinerzeit an dem Vorhänge-Theater beteiligt und war durch den schlechten Geschäftsgang dieses Unternehmens ebenfalls in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wie die Anklage behauptet, soll er, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, sich von einem Kaufmann Doh und von dem Allgemeinen Kreditverband Darlehen verschafft und als Sicherheit seine Möbelleinrichtung verpfändet haben, obwohl diese schon anderweitig verpfändet war. Die Beweisaufnahme erbrachte, daß der Angeklagte in keiner Weise betrügerische Absichten verfolgte. Nach seiner Behauptung wären die sämtlichen gegen ihn anhängig gemachten Strafverfahren lediglich auf unrichtige Angaben des ihm feindlich gesinnten Direktors Ball zurückzuführen. — Das Gericht erkannte auf kostenlose Freisprechung. In den Gründen wurde anerkannt, daß der Angeklagte in seinen Angaben durchaus wahrheitsgemäß gewesen sei und keine betrügerische Absichten gehabt habe.

Keine Wahrnehmung berechtigter Interessen.
Der Bergwerksdirektor Daurt und der Betriebsführer Grunow in Hellig hatten wegen eines Artikels der „Rheinischen Volkstimme“ gegen deren damaligen verantwortlichen Redakteur, Genossen Wendemuth, die Verleumdungsklage angehängt. In dem Artikel waren verschiedene Mißstände in der Blei- und Zinkfabrik behandelt und bestimmte Tatsachen behauptet worden. Daraus schloß sich eine Kritik und es wurde unter anderem auch gesagt, es wäre nötig, den dortigen Beamten durch die Bergbehörde einmal die

zum Schutze der Arbeiter bestimmten bergpolizeilichen Vorschriften in Erinnerung zu bringen. B. wurde in zweiter Instanz vom Landgericht Kottbus zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt. Wenn auch gewisse Mißstände in der Blei- und Zinkfabrik festgestellt worden waren, so hielt doch das Gericht mit Bezug auf die speziellen Angaben den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht. Dann wurde ausgeführt: Der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs könne dem Angeklagten nicht zuteil werden. Aus der Tendenz einer Zeitung, zum Beispiel weil diese Interessen der Arbeiter vertrete, könne ein Recht, vermeintliche Mißstände zu kritisieren, nicht hergeleitet werden. Nun habe allerdings Doh, der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, befundet, er hätte dem Angeklagten Material zu dem Artikel überhandt und ihn mit der Veröffentlichung desselben betraut. Lediglich durch diesen Auftrag sei aber eine nähere Beziehung des Angeklagten zu den vermeintlichen Mißständen auf dem hiesigen Werk in dem Sinne, daß dieselben dadurch eine ihm selbst nahe angehende Sache wurden, nicht geschaffen worden. Ganz abgesehen davon aber, habe das Gericht aus dem Ton, in dem der Artikel gehalten sei, die Ueberzeugung erlangt, daß der Verfasser damit gar nicht die Interessen der fraglichen Arbeiter habe wahrnehmen wollen. — Natürlich ist nach Ansicht des rühmlich bekannten Kottbuser Landgerichts die Absicht nur gewesen, zu heben. Wendemuth legte Revision ein, die Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld vertrat. Es wurde Verlesung des § 193 des Strafgesetzbuchs gerügt, weil Wahrnehmung berechtigter Interessen zu Unrecht nicht angenommen worden sei. Das Urteil gehe an einer Stelle von der Rechtsprechung des Reichsgerichts aus, wonach § 193 nur dann auszubilden sei, wenn die Sache den Täter selbst wegen seines besonderen Verhältnisses zu ihr nahe angeht. Ein solches Verhältnis liege aber hier vor, weil der angestellte Vertreter der Bergarbeiter (Doh) den Angeklagten mit der Veröffentlichung des Materials beauftragt habe. Denn dem Doh als Beamten der Bergarbeiter würde zweifellos der Schutz des § 193 zustehen, und da er den Angeklagten beauftragt habe, so sei hierdurch direkt das nähere Verhältnis der Sache zum Angeklagten hergestellt. — Der zweite Strafsatz des Kammergerichts verwarf jedoch am Dienstag die Revision mit der kurzen Begründung, daß die Revision deshalb keinen Erfolg haben könne, weil das Landgericht festgestellt habe, der Angeklagte hätte mit dem Artikel berechtigte Interessen gar nicht wahrnehmen wollen. Damit erledigte sich die ganze Sache.

Um der Steuerbehörde ein Schnippchen zu schlagen,
hatte der Buchhalter Rudolf Doh auf recht raffinierte Weise verschiedene Straftaten begangen, die ihn gestern unter der Anklage der Fälschung einer öffentlichen Urkunde und der Unterschlagung vor das Schwurgericht des Landgerichts führte. — Der Angeklagte war als Buchhalter bei dem Kaufmann Drobig angestellt gewesen. Während dieser Zeit war wiederholt der Steuerbeamte bei ihm erschienen, dem es aber niemals gelang, die fällige Quartalssteuer

von dem Angeklagten einzuziehen. Da eine Zwangsverhaftung fruchtlos blieb, wurde gegen den Angeklagten das Gehaltsabzugsverfahren von der Steuerbehörde eingeleitet. Zu diesem Zweck wurde dem Kaufmann Drobig als Chef des Angeklagten ein Zahlungsverbot zugestellt. Der Angeklagte nahm dieses Zahlungsverbot in Empfang und unterzeichnete die Zustellungsurkunde mit dem Namen „Johann“. Das Schriftstück selbst besaß er für sich und schickte es mit einem Begleitschreiben an die Steuerbehörde zurück, in welchem er im Namen des Geschäftsinhabers Drobig erklärte, daß der „Buchhalter Doh“ nicht mehr bei ihm beschäftigt sei. Der Angeklagte hoffte, auf diese Weise sich von der Zahlung der Steuer „brüden“ zu können. Durch einen Zufall kam jedoch diese Manipulation des Angeklagten zur Kenntnis der Steuerbehörde, die Anzeige erstattete. Vor Gericht war der Angeklagte geschuldig und entschuldigte seine Handlungsweise damit, daß er sich in Notlage befunden habe. — Die Geschworenen bejahten nur die Schulfrage nach einfacher Urkundenfälschung, während die Frage bezüglich der Unterschlagung verneint wurde. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Wochen. Das Urteil lautete auf drei Wochen Gefängnis.

Deutscher Arbeiter-Abkennendebund. Ortsgruppe Berlin. Freitagabend 8 1/2 Uhr im „Vereinslokal“, Engelstr. 15. Vortrag des Genossen Heinrich Schulz über: „Abkennung und Klassenkampf.“ Eintrittspreis 10 Pf. — Kein Getränkeauskauf.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Dezember, normittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Fräulein Ida Ullmann: „Glaube und Freiheit in der Religion.“ Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen.

Freitag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Köpenickerstraße 29: Außerordentliche beschließende Versammlung (Endgültige Wahl eines Beamten als Kassen- und Friedhofswart.) Mitgliedsliste ist mitzubringen.

Witterungsüberblick vom 9. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand norm. Höhe	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-stand norm. Höhe	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Sonneberg	766 M	2	Dunst	2	Darmstadt	763 M	2	bedeckt	-7
Darmstadt	769 M	2	Dunst	2	Petersburg	769 M	2	bedeckt	1
Berlin	766 M	2	bedeckt	1	Stettin	771 M	2	wolfig	5
Frankfurt	768 M	2	wolfig	3	Aberdeen	763 M	2	bedeckt	2
München	767 M	4	bedeckt	0	Paris	773 M	1	wolkig	-3
Wien	759 M	4	bedeckt	2					

Wetterprognose für Freitag, den 10. Dezember 1909.
Zunächst ziemlich heiter, nachts etwas kälter; später lebhaft überwiegend Winde, zunehmende Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Straßauer Viertel,
Bergstr. 322, Teil I.
Den Wählern zur Nachricht
daß unser Genosse, der Arbeiter
August Wagner
Friedrichselder Str. 82
gefordert ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 11. Dezember,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichselder Str. 82.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Fette junge Gänse
nur erste Qualitäten von 7 bis
14 Pfund a Pfund 65 Pf.
Gänsebraten, 1/2 Gans,
Zunge Gans M. 2,50.

Hühner,
fette Suppenhühner, jgg. Brathühner
in besonders schöner Auswahl.
Wagner, 50. Mariannenstr. 34.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Große Firma
verlegt durch Einzelhandl. Decken
jeder Art Gardinen, Teppiche,
Stores, Porzellan, Bilder
und Uhren. Ohne Anzahlung bei
kleinen Monatsraten.
Reine Rufferei. Effekt. U. W. 100
an „Westwärts“-Prädiktion, Auguststr. 50.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen!
Kontor-Möbel, Teppiche, Pianos, Geldschränke,
Klubsessel, Leder-Sofas etc.
erhalten solvante Personen jeden Standes von erster Firma innerhalb
Deutschland in erstklassiger Ausführung, auch nach Zeichnungen, zu
Original-Preisen. 94461.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung wenn 5% Zinsen
vergütet werden.
Wohnende sind ständig unterwegs, um geß. Angabe der Adresse und
Besuchzeit unter Chiffre M. 2. an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Hut-Salinger
Export
Egros Spezialhaus für Neuheiten
in Filzhüten, Zylinderhüten, Chapeau claque, Strohhüten.

Einzelverkauf
zu sehr billigen
u. streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Gesellschafts-Spiele in allen
Preislagen.
Schach, Domino, Dame, Roulette, Back- u. Regeispiele etc.
Moderne Spielstühle und Tabak-Pfeifen aller Art.
Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Spitzen.
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5,
an der Wallner-Opern-Strasse.

**Die Klugheit gebietet es, für gesunde
und reine Luft in den Arbeits- und
Verkaufsräumen zu sorgen!**

**Fügen Sie dem Aufwischwasser pro Eimer
einen Eßlöffel voll „AUTOMORS“ hinzu
und Sie haben gesunde und reine Luft!**

Spezialgeschäft f. Uhren
in größter Auswahl,
gut gehend, genau reguliert:
Kronen-Uhren v. 6 M.
Silberne Hemt-Uhren 7 M.
Goldene Hemt-Uhren 12 M.
Schlamm-Reberl-Uhren 9 M.
Jgg.-Uhren v. 2 M. an
Reelle schriftliche Garantie.
E. Möbis,
14 Reuth-Strasse 14
n. Café Aschinger a Spittelmarkt

Blumen- und Kranbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

**Für das
Weihnachtsfest**
empfehlen wir
als Prämie für die Leser des „Vorwärts“

Shakespeares
sämtliche dramatische Werke.
In drei eleganten Leinenbänden geb.
(ca. 2800 Seiten umfassend)
Übersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck
Mit einer
biographischen Einleitung von Rudolph Gode

Preis nur 3,50 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68 147/17
Lindenstr. 69, Laden

Gesundheit ist Reichtum!
Bad Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in wirklich ununterbrochen ge-
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen
und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Hand-
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Wir empfehlen unsere hochfeinen aber doch
billigen Punschextrakte:
1/2 Extrakt und 1/2 heißes Wasser gibt einen
fertigen, vorzüglichen Punsch.

1/2 Flasche
Glühfruchtwein-Punsch . . . 1.10 M.
Arrak- . . . 1.50 „
Grog- . . . 1.50 „
Rum- . . . 1.50 „
Rotwein- . . . 1.50 „
Schlummer- . . . 1.50 „
Schwedischer- . . . 2.— „
Alkoholfreier- . . . 1.20 „

Käuflich in allen Geschäften in Berlin und
Vororten, welche unsere Waren führen.

Jedes Etikett trägt unsere Firma
worauf wir zu achten bitten.

Man verlange Preislisten.

Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.
N., Wattstr. 11/12.

Geehrte Hausfrau!
Machen Sie einen Versuch mit unserer in Berlin und ganz Deutschland
hinab so beliebt gemordenen
Hamburger Bruch-Kaffee-Mischung
Marke „Java“ a Pfd. 70 Pf., Marke „Wolke“ a Pfd. 90 Pf.
Täglicher Post- und Bahnversand.
Abnehmerkauf in Berlin:
Gebr. Grossien, Kolonialwaren- und
Kaffee-Großhandlung
C. 54, Neue Schönhauser Straße 14. — O. 112, Frankfurter Allee 188.

Arbeiter-
Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Geschäft
Alexanderstr. 12.
Gillaten: Landsberger Allee 148.
Rixdorf: Bergstraße 66
Ringbahnhof.

Gesundbrunnen.

Freitag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Franke, Badstraße 19.

Tages-Ordnung:

Sind die Agrarier die einzigen Lebensmittel-vertreter? Referent: Genosse Eduard Bernstein.

144/5* Der Einberafer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1287.

Sonntag, den 12. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Bauanschläger

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Tarifangelegenheiten. 2. Renzähl von zwei Renzählern für den Branchenfonds. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

131/1 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Filiale Berlin I.

Bureau: Schaffanstr. 37-38, S. r. II. Tel.: Amt IV. 9707.

Achtung! Herrenkonfektion Achtung!

Sonntag, den 12. Dezember 1909, mittags 12 Uhr:

Große öffentliche

Konfektionsschneider-Versammlung

in der Brauerei Friedrichshain (am Friedrichshain).

Tages-Ordnung:

Welche Aufgaben haben die Berliner Konfektionsschneider demnächst zu erfüllen? Referent: Kollege Schärft-Stettin. Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung, damit auch Eure Interessen gefördert werden können.

163/14 Die Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Bezirksversammlungen der Einsetzer

in folgenden Lokalen:

- | | |
|---|---|
| I. Merkowski , Andreasstr. 26. | VI. Wiemer , Säulenstr. 58. |
| II. Schäde , Kopenhagener Str. 74. | VII. Mix , Schiller Str. 59. |
| III. Lamprecht , Pustkystr. 10. | VIII. Volkshaus , Rosinenstr. 3, Charlottenburg. |
| IV. Müller , Dredowstr. 11. | IX. Melzer , Wiesenstr. 29. |
| V. Prell , Rosenstr. 24, Rigdort. | |

General-Versammlung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Sonabend, 11. Dezember 1909, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Ingenieur **Woldt** über: „Neuerungen auf dem Gebiet der Elektrizitäts-Zentralen.“ 2. Renzähl des gefamten Vorstandes. 3. Verschiedenes.

145/14 Die Verwaltung. S. A. D. Schwittau.

Verband der Haus-Angestellten. Große Dienstboten-Versammlung

Sonntag, den 12. Dezember, bei Größer (früher Obh), Schöneberg, Martin-Luther-Str. 51:

Vortrag: Weihnachtsgeschenke für Dienstboten.

Referentin: Fräulein **Citille Baader**. (Preis Aussprache.)

Sonabend, 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein - Tanz.

Die Arbeiterchaft erlauben mir, alle ihre bekannnten Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

50 Pfennig wöchentl. Ohne Anzahlung
Spiegel, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Stores, ferner mit kleiner Anzahlung (1 Mk wöchentl.), Herren-Garderobe, Damenmäntel, Kostüme, Kostümröcke, Blusen, Bett-u. Leibwäsche, Betten, Weinbergsweg 12, am Rosenth. Tor. Bitte Besuch.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
eraklassiges Fabrikat (Smal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisausschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ausbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, bei Bernhard Raabe, Kolberger Straße 23:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Redakteurs Genossen **Wermuth** über „Fichte und sein Erziehungsproblem“.

Su zahlreichem Besuch ladet ein Der Einberafer: E. Ernst, Köhlerstr. 9.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Trotz Tabaksteuer - Erhöhung zu alten Engrospreisen.

verkaufen wir unsere bekannt vorzüglichsten Zigarrenmarken, soweit der Vorrat reicht, Postversand von 100 Stück an (100 Stück portofrei) p. Nachnahme.

Nebenstehende Original Sumatra No. 75 Zigarro rein überseeisch. 100 Stck. 4.25	Telefon: Amt III, No. 1939.
Nebenstehende Original 9Pfl.-Zigrr. „Braganza“ fein arom. 50 Stück 3.25	

Kl. Mexiko-Zigarro 100 St. M. 2.85 | Carmen (pikant) 100 St. M. 4.00 | Bella Flor (pik., mild) 100 St. M. 5.00
Don Pedro (Sumatra) M. 3.50 | St. Andrea Mexico vors. M. 4.25 | Odora (feinblumig) 100 St. M. 6.00

zu 25 St. M. 1.00, 1.10, 1.25, 1.50, 1.70 usw. } beste
zu 50 " 2.25, 2.50, 2.75, 3.00, 3.25, 3.50 usw. } Qualitäten.

Czollek & Geballe Zigarren Berlin G., Neue Promenade 7 Tr. Engros, vis-a-vis Haupting. Stadthof Börse.

Geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntags bis 8 Uhr abends.

der **Cie Liebig**
Preis 5 Pfg.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt Engrospreisen in der Möbelfabrik kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Goldisan
bestes Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14 karätige Goldauflage. 10jährige urkundl. Garantie für gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Edels. Billige Preise. Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Jugendschriften
sind in reichster Auswahl nach dem Verzeichnis des Bildungs-Ausschusses zu haben in der Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Hygienische Bedarfsart.
Drogerie **Zaremba** Weinbergweg 1, dir. a. Hofenthaler Lor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Rundschalt.

RODENSTOCK'S
Spezial-Reise-Feldstecher
erstklassige, tausendfach bewährte Instrumente
Garantie für jedes Stück
No. 1005 m. 17.50
No. 1057a m. 25.50
Dasselbe Instrument wie nebenstehende Abbildung und Ausführung, indes mit stärkerer Vergrößerung als Nr. 1005

Rodenstock's Prismen-Feldstecher
Mars III 7x Vergrößerung, großes Gesichtsfeld. Allerfeinste solide Ausführung. Dies ist der preiswerteste und beste Prismen-Feldstecher. M. 97.50

Wenn Sie unsere Anstalt nicht aufsuchen können, um persönlich die richtige Auswahl zu treffen, so verlangen Sie portofreie Auswahlsendung von Feldstechern. Sie können durch praktische Prüfung das für Ihre Zwecke Passende am besten auswählen.

Preisliste über optisch-physikalische und photographische Apparate sowie Neubelien gratis!

Optisch-ökulistische Anstalt
Berlin W. **Jos. Rodenstock** Charlottenburg
Leipziger Str. 101-102. Joachimsthaler Str. 44.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
Gärtner Viertel, Bezirk Nr. 180.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Metallarbeiter **Wilhelm Zedler** Laufger Straße 40 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rigdort, Demmannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Wilhelm Zedler** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rigdort aus statt.
Kege Beerdigung erwartet Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Nachruf.
Am 21. November verstarb unser Mitglied, der Läufer **Clemens Thomann.**
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kofschmiedearbeiter **Waldemar Schiefer** am 8. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Marienkirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **August Wagoer** Bezirk Osten I am 7. Dezember 1909 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Dezember 1909, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshain aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Spandau. Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser einziger lieber Sohn **Wilhelm** am Dienstag, den 7. Dezember, nachmittags 4 Uhr, nach langem schwerem Leiden im 13. Lebensjahre verstorben ist.
Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern **Wilhelm Pieper u. Frau.** Meyerstr. 12
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof in den Köpenick statt. 34892

Am Mittwoch, den 8. d. Mts., morgens 8 Uhr, verstarb nach kurzem Leiden unsere geliebte Mutter, Großmutter u. Schwiegermutter
Julie Abraham geb. **Wibrecht** 84892
Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Auferstehungs-Gemeinde in Weihensee aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Bauarbeiters **Paul Jäschke** sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Mwe. **Klara Jäschke.**

zile, die Wahllokale und die von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten zur Kenntnis.

Der 22. Wahlbezirk umfasst: Tobdistr. 23-41, Fontane-straße 10-24, Hermannstr. 35-38 und 223-227, Lichtentrad-straße 1-11 und 60-62, Maßlauer Straße, Schillerpromenade 1-6 und 37-49, Seckower Straße, Banglitzstraße, Weisestr. 1-7 und 60-68.

Wahllokal: bei Just, Hermannstr. 37/38, Ecke Maßlauer-straße 1.

Kandidat: Hermann Jock, Gewerkschaftsbeamter, Allee-straße 5.

Der 24. Wahlbezirk umfasst die Fontane-Str. 1-9 und 25-32, Hofenheide, Hermannplatz, Hermann-Str. 1-84 und 228-258, Karti-gartenstraße, Wilmannsstraße, Strohen 151, 152.

Wahllokal: „Neue Welt“, Hofenheide 108/114.

Kandidat: Paul Reil, Eigentümer, Jietenstr. 29.

Im Nordbezirk findet am Dienstag, den 14. Dezember, von 10 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends für die zweite Abteilung die Ersatz- und Ergänzungswahl statt. Der Nordbezirk umfasst die: Berliner Str. 18-40 und 71-92, Vouchéstraße, Donaustr. 1-28 und 111-131, Elberstraße, Erlanger Straße, Friedelstraße, Fulda-straße, Garzerstr. 1-25, Hohrechtstraße, Janselstraße, Kaiser-Friedrich-straße 1-55 und 195-248, Kölnisches Ufer 50-74, Kottbuser Damm, Loubéstraße, Lenustraße, Liederstraße, Lohmühlenplatz, Lohmühlenstr. 25-36, Manitzstraße, Maßlauerstr., Münchener Straße 1-13 und 42-55a, Ransenstraße, Samierstraße, Pfleger-straße, Reuterplatz, Reuterstr. 27-65, Müllstraße, Sanderstraße, Schandauer Straße, Schinlestraße, Zellstraße, Weichselplatz, Weichsel-straße, Weigandstr. 1-16, Weiserstr. 1-58 und 104-217, Wiesenuser, Würmerstraße, Oststraße.

Wahllokal: Wagerhof, Kaiser-Friedrich-straße 212.

Kandidaten: 1. Wilhelm Pennig, Kaufmann, Steinwegstr. 80. 2. Wilhelm Biehmann, Eigentümer, Weichselstr. 59.

Wähler, Parteigenossen! Agitiert mit ganzer Kraft für die Wahl unserer Kandidaten. Im 24. Bezirk, ganz besonders im Nord- bezirk in der zweiten Abteilung, gilt es auf dem Posten zu sein. Hier glauben die Gegner uns den Sieg streitig zu machen. Koch steht der Wahlrechtsraub in frischer Erinnerung. Gelingt es auch hier nicht im ersten Wahlgang die Majorität der abgegebenen Stimmen zu erhalten, so ist es dringend notwendig, alles an den Wahltisch zu bringen; denn nur die Wahl eines Sozialdemokraten bürgt dafür, daß der Altkon- und Interessentenschutz in der Kommune ein Ende bereitet wird. Das Wahlkomitee.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hatte am Mittwoch wieder einmal eine Magistratsvorlage zu beraten, durch die weitere 5000 M. zur Unterhaltung der zur Bekämpfung des Sogabundentums und der Bettel in Groß-Berlin geschaffenen d. Vodelschwingschen Kolonie bei Bernau aus dem Dispositionsfonds bewilligt werden sollen. Während die Liberalen aller Schattierungen in gewohnter Hurrafschreie dem Kaiser Vodelschwings die Mittel der Stadt zur Verfügung zu stellen bereit waren, warnte Genosse Bietz namens der Sozialdemokratie unter Darlegung nimmer prinzipiellen Stellung davor, für dies Experiment, das Charlottenburg schon 23 000 M. gekostet hat, weitere Tausende hinauszuwerfen, zumal da an eine Rentabilität der Anstalten in absehbarer Zeit doch nicht zu denken sei. Es handle sich hier um eine Schraube ohne Ende. Da sei es viel richtiger, daß die Stadt selbst beizzeiten Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ergreife und das Verfügen der Arbeits- losen in das Sogabundentum verhindert. Diesem Zwecke diene unter anderem die Organisation der Arbeiter, der aber dieselben Herren, die für Vodelschwingsche Gründungen schwärmen, nach Kräften entgegenarbeiten. Trotz dieser Ausführungen, die von unserem Genossen Vogel unterstützt wurden, gelangte die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme.

Eine interessante Debatte rief eine Interpellation der Stadt- verordneten Mann (unpol.) und Genossen über die Schaffung eines städtischen Nachrichtenamtes hervor. Die Oberbürger- meister Schuchter erklärte, hat der Magistrat bereits am 26. August beschloffen, einen eigenen Pressedienst einzurichten, der seit dem 1. September dem statistischen Amt angegliedert ist. „Wela- hohes Verständnis der Magistrat für den Pressedienst besitzt, lehrt die Tatsache, daß er von der Errichtung dieses Dienstes, obwohl schon über drei Monate verflossen sind, bisher der Presse keine Mit- teilung gemacht hat. Wenn es so weiter geht, dann wird diese Institution, über die bei der Erörterung noch ein Wortchen zu reden ist, das Muster einer städtischen Einrichtung werden, wie sie nicht sein soll.“

Längere Erörterungen knüpften sich an den Bericht des Aus- schusses über einige Anträge betreffend die städtische Müllabfuhr. Der eine dieser Anträge bezog sich auf die Veränderung des Ortsstatuts dahin, daß der Anschluß an die Müllabfuhr für alle Hausbesitzer obligatorisch gemacht wird, der andere ersuchte den Magistrat um Er- wägungen darüber, ob die zurzeit der Müllabfuhr nicht unterliegenden Hausbesitzer zu Recht von der Müllabfuhrverpflichtung befreit sind. Der Ausschuss, dem die Anträge überwiesen waren, empfiehlt folgende Beschlußfassung: „Der Magistrat wird ersucht, eingehend zu erwägen, ob die zurzeit der Müllabfuhr nicht unterliegenden Haus- besitzer zu Recht von der Müllabfuhrverpflichtung befreit sind und erforderlichenfalls der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der das Ortsstatut für Müllabfuhr eine Ergänzung erfährt, durch die die Gebührenpflicht für alle Hausbesitzer eingeführt wird.“

Diesem Antrage, den auch Genosse Aliz bekräftigte, trat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig bei, nachdem auch der Magistrat seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, in Erörterungen über eine Revision des Ortsstatuts einzutreten und eventuell Änderungen vorzuschlagen, nach denen es möglich sei, alle Hausbesitzer zum An- schluß an die Müllabfuhr zu zwingen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Antrag der Liberalen, den Magistrat zu eruchen, die Errichtung eines städtischen Krematoriums in die Wege zu leiten. Ein ähnlicher Antrag hatte die Versammlung schon früher beschäftigt. Wie damals, so bekräftigte auch diesmal Genosse Bietz die Errichtung des Krematoriums, zum mindesten aber, falls der Magistrat davon nichts wissen wollte, die Errichtung einer Leichen- stätte. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Gleichfalls zur Annahme gelangte die Magistratsvorlage betreffend Einführung des obligatorischen Fortbildungsgesetzes für unterrichts für weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Durch diese Beschlußfassung erlebte sich die Petition des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, die aus Furcht vor der weiblichen Konkurrenz vor der Annahme der Vorlage warnte.

Die Mandate der im November gewählten Stadtverordneten, darunter die unserer Genossen Lehmann, Gebert, Pirich, Vogel, Will, wurden sämtlich für gültig erklärt.

Schließlich überwies die Versammlung noch die Vorlage betr. die Errichtung einer Waldschule für Schüler und Schüle- rinnen der höheren Lehranstalten einem Ausschuss zur Vorberatung. Die laufenden Kosten dieser Waldschule, die auf einem geeigneten Gelände zwischen der Station Eichkamp im Grunewald und der Teufelschneise untergebracht werden soll, sollen von den Teilnehmern getragen werden, die Stadt übernimmt nur bis zu 20 Prozent der Kosten zur Gewährung von Freistellen.

Schöneberg.

Sonntagsveranstaltungen. Am Sonntag, den 12. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet in der Kantia, Loubenstraße 48, eine Sonderveranstaltung: „Der Kampf um Nord- und Südpol“

statt. Billets zum Preise von 50 Pf. sind beim Kassierer S. Fetter, Grunewaldstr. 30, zu haben. Die Begleitfahrer werden er- sucht, die nicht verkauften Billets schleunigst abzugeben, da dieselben sonst als verkauft gelten. Die Physik- säle sind von 1 Uhr ab geöffnet.

Die Jugendschriften-Ausstellung findet nachmittags von 4 Uhr bis abends 8 Uhr im Tunnel, Weininger Str. 8, statt. Die Ausstellung ist verschiedentlich ergänzt. Die Besichtigung ist unentgeltlich.

Der zweite städtische Kunstabend findet abends 7 Uhr in der Aula der Hohenzollernschule, Weisiger Str. 48, statt und be- steht aus einem Märchenabend. Billets zum Preise von 50 Pf. sind in der Expedition zu haben. Der Vorstand.

Wilmersdorf.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Durch die Wahl des Prof. Leibig zum Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung war das Amt des Stellvertreters frei geworden. Die am Mittwoch erfolgte Ersatzwahl fiel fast einstimmig auf den Stadtverordneten Dr. Heintz. Aus der hierauf erfolgten Lesung des Etats für die Verwaltung der städtischen Sparkasse ist die Mitteilung hervor- zuziehen, daß dies vor drei Jahren gegründete Institut für 1909 einen kleinen Ueberschuß abwerfen wird, während es bis dahin noch Zuschüsse erforderte. Aus den weiteren Verhandlungen führen wir an, daß die Veranlagung einem Auftrage zustimmt, wonach die Mittel für die Uarstellung des Henriettenplatzes in Galerien in den nächstjährigen Etat eingestellt werden sollen.

Stadtverordnetenwahlen am 12. Januar 1910.

Die Angelegenheit Beckmann hat den Anstoß gegeben, daß in der nächsten Zeit Ersatzwahlen zu der Stadtverordnetenversammlung stattfinden werden. Weil durch das Ausscheiden des früheren Stadt- verordnetenvorsitzers in der II. Abteilung der Grundsat durchbrochen worden ist, daß die Hälfte der Stadtverordneten aus Haus- besitzern zu bestehen hat, ist vom Magistrat angeordnet worden, daß alle fälligen Ersatzwahlen am 12., 13. und 14. Januar statt- finden. Für die III. Abteilung, die am 12. Januar wählt, kommen zwei Bezirke in Betracht, und zwar der 7. Bezirk zwischen der Pariser und Prinz-Regenten-Straße, den der aus Wilmers- dorf bezogene frühere Stadtverordnete Dressler vertrat und der von dem verstorbenen früheren Stadtverordneten Hoffmayer vertretene alte Dreiteil zwischen Wangel- und Rammbeimerstraße.

Sache unserer Parteigenossen wird es sein, sich demnächst auf diese Stadtverordneterwahl einzurichten.

Vogelagen-Rummelsburg.

Die Eröffnung des neuen Jugendheims der Rummelsburger Arbeiterkassette, das im Mittelpunkt des Ortes, Alt-Vogelagen Nr. 56 vorn 1 Treppe eingerichtet ist, findet am Sonntag, den 12. De- zember, nachmittags 4 Uhr statt. Das Jugendheim besteht aus einem Bibliothekszimmer, einer Veschalle und einem Spielzimmer, es gewährt 50 Personen Platz. Die Arbeiterjugend von Vogelagen- Rummelsburg dürfte hiermit ein Heim bekommen, in dem sie in den Ruhestunden gute Gelegenheit zu geistiger Weiterbildung wie auch zur Geselligkeit im Kreise von Altersgenossen findet. Die eigentliche Feier findet am Abend von 8 Uhr ab im Café Bellevue, Hauptstr. 2 statt.

Johannisthal-Rudow.

Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften. Auch die Arbeiter- schaft obengenannter Orte hat im Besal von Otto Senfleben, Friedrich- straße 48, im kleinen Saal Jugendschriften ausgestellt. Die Aus- stellung ist geöffnet vom Sonntag, den 12. bis Sonntag, den 19. Dezember täglich von 5-10 Uhr abends. Da nur gute Bücher für klein und groß zur Ausstellung gelangen, wird erwartet, daß die Ein- wohnerchaft sich rege einfindet.

Friedrichshagen.

Die Jugendschriften-Ausstellung beginnt morgen Sonnabend, den 11. Dezember, im Restaurant der Witwe Lerche, Friedrichstr. 112; sie wird bis zum Fest jeden Sonnabend und Sonntag den ganzen Tag geöffnet sein. Die Eltern, die ihren Kindern durch den Kauf eines guten Buches eine Weihnachtsfreude bereiten wollen, finden hier reiche Auswahl. Es empfiehlt sich, Bestellungen rechtzeitig zu belorgen.

Nowawes.

Der hiesige Konsumverein hat nach seinem für das verflossene Jahr erstatteten Geschäftsbericht wieder einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen, indem der Warenumsatz gegenüber dem Vorjahre um 16 714 M. gestiegen ist und 201 016 M. beträgt; auch wurden 106 neue Mitglieder gewonnen, so daß sich die Gesamtzahl derselben auf 896 belief. Der Kassenbericht weist in Einnahme und Ausgabe 208 006 M. auf. Der Verein ist in der Lage, außer der statut- gemäßen Rückvergütung von 5 Proz. noch 1/2 Proz. extra zu ge- währen. — Betreffs der Errichtung einer Wäderei ist die Verwaltung mit der Anarbeitung eines neuen Projektes beschäftigt, welches erheblich billiger als der erste Vorschlag, der sich auf 50 000 M. belief, zu stellen kommen soll. Leider ist die finanzielle Beteiligung der Genossen an der Wäderei nicht eine solche, wie sie im Interesse der Sache zu wünschen wäre; waren doch am 1. Oktober erst 6000 M. von den Mitgliedern eingezahlt. Da das Geld mit 4 Proz. verzinst und vollständig sichergestellt wird, wird eine stärkere Be- teiligung bei der Entnahme von Anteilscheinen erwartet.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Unterrichtsproblem.

Wie die letzte Verfassungsjahrgang wieder einmal etiatant be- weisen hat, wird die weibliche Arbeitskraft immer mehr in den Produktionsprozeß hineingezogen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Tendenz unserer Entwicklung, die Frau mit dem Manne gleichzustellen, vornehmlich auch in dem Verlangen nach einer gleichwertigen Schulbildung sich zeigen mußte. Man hat jetzt, ge- zwungen durch die Macht der Verhältnisse, sogar in Preußen eine Mädchenschulreform eingeführt, in Sachsen eine solche geplant, die den Frauen die Immatrikulation bei den Universitäten gestattet. Nun hätte man auch die Vorbildungsanstalten: Gymnasium, Real- gymnasium und Oberrealschule, den Mädchen öffnen müssen, denn die Berechtigung zum Besuch der Hochschule ist fast nutzlos, wenn es nicht möglich ist, sich auf einer Mittelschule die erforderliche Vorbildung anzueignen! Das einfachste wäre gewesen, wenn man die Koedukation eingeführt hätte. Doch dazu konnte sich die reaktionäre preussische Unterrichtsverwaltung nicht aufschwingen; sie be- schränkte sich darauf, die Errichtung von kommunalen Mädchen- gymnasien, sogenannten Studienanstalten, zu gestatten, welchen Weg neuerdings auch Sachsen einzuschlagen beabsichtigt.

In einigen anderen Bundesstaaten, so in Baden, Hessen und Oldenburg, wo man früher schon weiter gegangen war — mehr der Not als dem eigenen Triebe gehorchend —, werden beide Geschlechter in den Realschulen und Gymnasien zum gemeinsamen Unterricht zugelassen. Baden ist hierin auf Drängen zahlreicher Beamten in mittleren Städten, woselbst Anabermittelschulen, aber keine höheren Mädchenschulen bestanden, vorangegangen; bereits im Jahre 1901 wurde die Koedukation eingeführt. Wie groß das Bedürfnis hierzu war, zeigte der über alles Erwarteten starke Besuch dieser Schulen, namentlich in den mittleren Städten. Es traten sofort 426 Mädchen ein. Ihre Zahl erhöhte sich bis zum Jahre 1908 auf 1230. Da im genannten Jahre 8294 Mädchen der höheren Mädchenschulen besuchten, so entfielen von der Gesamtzahl der Mädchen demnach 29,3 Proz. auf die Anaberschulen. Diese 1230 Mädchen verteilten sich auf die einzelnen Schularten in folgender Weise:

Gymnasien	123	gegenüber 5200 Knaben = 2,3 Proz.
Realgymnasien	78	2085 = 3,8
Realprogymnasien	68	827 = 7,8
Oberrealschulen	121	4024 = 3,0
7 u. 8 Kl. Realschulen	767	3867 = 16,0
Höhere Bürgerschulen	74	128 = 36,6

1230 gegenüber 16121 Knaben = 7,0 Proz.

Die Verteilung auf die einzelnen Städte und Klassen war naturgemäß sehr ungleich. Während in einigen Orten überhaupt keine Mädchen die Anabermittelschulen besuchten, stieg ihre Zahl in anderen Orten bis zu 30,5 Proz., in einzelnen Klassen sogar bis 40 Proz.

Der Versuch in Baden wurde von den vermuderten Kon- servativen und dem Zentrum bekämpft, weil sie ein Bedürfnis, den Mädchen eine bessere Bildung angedeihen zu lassen, als sie die Volksschule bietet, nicht anerkennen, und ferner, weil sie glauben — oder doch vorgeben zu glauben —, daß durch das Bei- sammensein beider Geschlechter die Sittlichkeit gefährdet sei. Die Schwarzleher sind durch die Tatsachen völlig ins Unrecht gesetzt worden. Denn trotz eifriger Beobachtung hat sich nicht der ge- ringste Anhaltspunkt finden lassen, um einen Angriff gegen das neue System zu richten.

Die badische Regierung hat im Jahre 1906 über ihre Be- obachtungen und Feststellungen in der Koedukationsfrage dem Landtage einen vom Oberschulrat erstatteten Bericht zugehen lassen. Darin heißt es:

„Die Erfahrungen, welche bis jetzt mit der Zulassung von Mädchen zum Unterricht gemacht wurden, sind im allgemeinen den gemachten Wahrnehmungen der betreffenden Anstalts- vorstände durchweg gute. Es gilt dies sowohl für die unteren wie für die oberen Klassen. Uebereinstimmend wird die Fähigkeit der Mädchen, den Anforderungen des Unterrichts zu folgen, bestätigt, in vielen Fällen wird sogar der größere Fleiß und das regere Interesse der Mädchen an den einzelnen Unter- richtsgegenständen hervorgehoben und es wird ihr vielfach ein fördernder Einfluß auf die Knaben zugeschrieben. An einzelnen Anstalten überrufen sogar die Leistungen der Mädchen die der Knaben.“

Nicht minder wird ein solch günstiger Einfluß von fast allen Vorständen in bezug auf das Betragen der Schüler hervorgehoben, indem betont wird, daß die größere Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Gewissenhaftigkeit und Aufmerksamkeit der Mädchen sowie ihre natürliche Parteilichkeit vorseiner auf das Betragen und Auf- treten der Knaben wirke. Auch in bezug auf die Disziplin haben sich bis jetzt Schwierigkeiten nicht ergeben, wie auch irgend- welche Gefahren für die Sittlichkeit aus dem Zusammensein von Knaben und Mädchen nirgends wahrgenommen wurden.“

In der im Landtage hierüber gepflogenen Debatte waren alle Redner übereinstimmend der Meinung, daß sich das Experiment gut bewährt habe. Selbst der Zentrumsabgeordnete Büchel, der selber Professor an einer Mittelschule ist, mußte bestätigen, daß die gemachten Erfahrungen vorläufige seien. Die Regierung lieh allerdings darüber keinen Zweifel, daß die Zulassung der Mädchen zu den Anaberschulen nur dort erfolgen solle, wo gleich- artige Anstalten für Knaben nicht bestehen. Sie betrachtet die Koedukation lediglich als einen Nothbehelf und stellt sich damit in Widerspruch zu dem von den Abgeordneten bestehenden Oberschulrat, der im oben mitgeteilten Bericht ausdrücklich den fördernden Einfluß der Mädchen auf die Knaben hervorhebt. Auch bei späteren Er- örterungen der Frage sind keine Beschwerden erhoben worden, sondern allseitig wurde anerkannt, daß der gemeinsame Unterricht für beide Geschlechter große Vorteile habe. Es wurde konstatiert: die Mädchen sind ernster, gefasster und widmen sich mit größerem Fleiß ihren Aufgaben als die Knaben der höheren Mädchenschule. Man kann die Frage von einem Gesichtspunkt betrachten, von welchem man will, immer muß man logischerweise zu dem Schlusse kommen, daß der gemeinsame Unterricht der bessere ist, daß seine Einführung in allen Städten, wo Anabermittel- und Gymnasialschulen bestehen, den Mädchen die Möglichkeit gibt, sich eine bessere Bildung anzueignen. Die badische Regierung hat bei Zulassung der Mädchen zu den Anaberschulen den Grundsat auf- gestellt, nur besonders begabte Schülerinnen aufzunehmen. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, daß irgendein Schulleiter schon einmal in die Lage gekommen wäre, Mädchen zurückweisen zu müssen oder ihnen das Ausrücken zu verweigern, weil sie tüchtig sind, was ganz natürlich ist, indem die Eltern der Mädchen eine gewisse Auslese vornehmen und nur gute in die höhere Schule schicken. Würde der hier für die Koedukation aufgestellte Grundsat, nur den befähigten Kindern den Besuch der Hochschul- studium zu öffnen, auch auf die Knaben angewandt, so wären wir dem sozialistischen Bildungsideal ein gutes Stück näher gekommen. In seiner Durchführung gehört aber nicht nur die völlige Aufhebung des Schulgeldes, sondern auch die Errichtung staatlicher Schulpenionen, um auch den ärmeren Eltern die Mög- lichkeit zu bieten, ihren befähigten Kindern die Ausbildung zu teil werden zu lassen, die ihren geistigen Anlagen entspricht.“

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verband der Hausangehörten. Sonntag, den 12. Dezember, 7 Uhr, bei Großer (früher Obf) in Schwärberg, Martin-Luther- Straße 51. Vortrag von Frl. Ottilie Waaber: „Weihnachts- geschenke für Dienstboten“.

Vermischtes.

Zur Explosionkatastrophe in Hamburg.

Von den im Hafenkrankenhause untergebrachten Schwerverletzten ist, wie aus Hamburg gemeldet wird, vorgefunden in späteren Stunden der Arbeiter D r i n g gestorben, so daß die Zahl der Todesopfer nunmehr 15 beträgt. Außerdem wird ein Erwerbsloser vermisse, der bei der ersten Explosion ins Wasser gesprungen und scheinlich ertrunken ist.

Von Handwerksburschen ermordet. Einer Meldung aus Köln zufolge wurde gestern bei Knapp am Kaiser-Wilhelm-Damm der Wochenlohnträger von zwei Handwerksburschen überfallen, ermordet und beraubt. Die Leiche des Ueberfallenen wurde am Morgen aufgefunden. Der eine Täter konnte ergriffen werden, der andere ist flüchtig.

Eindbruch in eine Gemeindefasse. Aus Bismarckhütte wird ge- meldet: In der letzten Nacht ist hier ein Eindbruch in die Gemeindefasse verübt worden. Die Diebe erbrachen einen Geldschrank, stahlen 24 000 M. in barem Gelde, ein Sparlaffenbuch, eine kleine Meinde über 1800 M. ferner Sparlaffenbücher von Deamen und Kupons von Wertpapieren im Betrage von 120 000 M. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Die Freireligiöse Gemeinde nicht parteifähig. Die Spre- chung der Rülleschen Erbschaft an die Freie Religiöse Gemeinde in Breslau wurde von der Zivilkammer abgelehnt, weil die Gemeinde nicht parteifähig sei. Der Prozeß soll bis zum Reichsgericht durchgeführt werden.

Verlorenes Schiff. Einer Meldung aus Warschau zufolge wird das Dampfschiff „Arles“, das am 21. Oktober nach Dakar abgegangen ist, als verloren betrachtet. Das Schiff, das unter dem Befehl von Kapitän Leslawage, dem Sohne des Erbprinzen, steht, hat eine Mann- schaft von 21 Köpfen. Es sollte Gibraltar und Las Palmas an- laufen, ist aber nirgend signalisiert worden.

Ein dreifacher Einbruchdiebstahl wird aus London gemeldet. Dort wurde in der vergangenen Nacht das Postamt in der Gosmore- straße von Einbrechern heimgesucht, welche den Geld- schrank, der Geld und Postaufträge im Werte von 1320 Pfund Sterling enthielt, mit sich fortführten. Die Polizei verfolgte die

Das Weihnachtsgeschenk

Für Reise, Sport, Touren, Haushalt u. Krankenpflege unentbehrlich

ORIGINAL-THERMOSGEFÄSSE



Flaschen, Kannen, Krüge, Picnics halten ohne Vorbereitung, ohne Chemikalien, ohne Feuer, ohne Eis, heisse Getränke oder Speisen über 20 Std. heiss, kalte Getränke tagelang kalt.

Lieberall zu haben.

Besonders preiswert: Thermos-Simplex-Flaschen (1/2 Liter Inhalt) à M. 6.00
Fabrikate ohne die Aufschrift „Thermos“ weisen man unbedingt zurück.

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Größtes Lager in abgelagerten Zigarren
Größtes Lager in Weihnachtspackungen

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
Telephon: Amt VII. 3047.

Schlafröcke

Nächstes Fest - Geschenk.
Die Freude der Ehemänner.
Das Entzücken der Jungesellen.

Herrliche Auswahl. Höfliche Fassons.
Mollige, warme Stoffe.

Eigene Erzeugnisse.

75.— 60.— 45.— 40.—
36.— 33.— 30.— 27.—
24.— 21.— 18.— 15.—
12.— 7.65 Mk.



Morgen-Joppen
Schöne Velourstoffe 30.— 21.— 15.— M.
Oefallige Fassons 12.90 10.50 6.75 M.

Pelz-Joppen
Starke Lodenstoffe. 45.— 36.— M.
Echte Pelzfutter. 27.— 15.— M.

Samt-Jackette o Litewken o Winter-Joppen o Loden-Pelerinen

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes
für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstraße 10

Der Winter-Katalog Nr. 38, Moden 1909, auf Wunsch kostenlos und portofrei

Nächsten Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet

Verkäufe.

4.50 prachtvolle Betten, 8.00 baumige
Eisenbetten, Kuchenteiler, Damast-
bezüge 3.90. Kur Wandlische, Andreas-
straße achtunddreißig.

Handbett, zwei Deckbetten, zwei
Kissen 25.00. Handliche, Andreas-
straße achtunddreißig. Annoncenver-
zeiger vergütet Jahrgeld.

Wunderdeckbett, Unterbett, zwei
Kissen 25.00. Handliche, Andreas-
straße achtunddreißig. Annoncenver-
zeiger vergütet Jahrgeld.

Leichwägen, silberne, 2.50,
goldene 6.—. Gestempelte 585 Gold
13.50. Operngläser 2.70, Preiselbinger-
Regulatore 9.—, Ringe 333 ge-
stempelt 1.—. Viele hundert Brochen,
Ohrringe, Halsketten, Medaillons,
Uhrentetten 1.50 bis 16.00, alles mit
Garantieschein, solange Vorrat reicht.
Kur Wandlische, Andreasstraße acht-
unddreißig. Annoncenverzeiger ver-
gütet Jahrgeld.

Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent
Extrabat selbst bei nachstehend auf-
geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
Thomas, Oranienstraße 160, Oranien-
platz.

Teppiche, farblicherhafte, spott-
billig.

Gardinen, Stores, Ruster-
reguliere für halben Wert.

Teppichvorlagen, große Partiepösten.

Plüschvortieren, einzelne Paare,
spottbillig.

Teppichdecken, Rusterstücke, spott-
billig.

Vorwärtsleiter, beachtet vor-
kehende 6 Anzeigen. 28305*

Wandteppichhaus Kretzer, Köhler-
platz 7, spottbilliger Bettenverkauf,
Gardinenverkauf, Wäscheverkauf,
Abrennerkauf, Bodenverkauf, Schmuck-
käufe, Goldkäufe, Silberkäufe, ver-
fallene Plüsch.

Leichwägen Schmidt, Komintener-
straße 48, an der Barthauserstraße,
Uhren, Ketten, Gold-, Silberwaren,
Verkauf verfallener Plüsch billig.

Leichwägen Schmidt, Komintener-
straße 48, Betten, Leib-, Tisch- und
Bettwäsche billig.

Leichwägen Schmidt, Komintener-
straße 48, Herrengarderoben billig.

Teppiche (farblicherhafte), Teppich-
decken, Gardinen, Plüschdecken, Tisch-
decken, Uebergardinen, Sofa-
kissen, spottbillig. Fabriklager
Rauershoff, Große Frankfurterstraße 9,
Hüreeingang. Vorwärtsleiter 5
Prozent Sonntag geöffnet 21884*

Zufendbuch für Gartenfreunde
Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
lichen Gartens, Gemüse- und Ob-
gartens von Max Desobryer. Zweite
vermehrte Auflage. 350 Text-
abbildungen. Preis 3.50 Mark. Ex-
pedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppichhaus Lesdore, Oranien-
straße 158, die neu erschienenen
Weihnachts-Extraktstoffe gratis. 29718*

Verbrechen und Prostitution als
soziale Krankheitserscheinungen von
Paul Stück. Preis 2.— Mark, geb.
2.50 Mark. Expedition Vorwärts,
Lindenstraße 69.

7.50. Jackenanzüge, Winter-
paletots, Hosen, Joppen kauft man
zu kaumend billigen Preisen im
Wollschneider-Garten. Haus Sommer-
feld, Oranienstraße 18, Ecke Heinrichs-
platz. 29018*

Monatsanzüge, Winterpaletots,
Schrodanzüge, teils auf Seide aus
den ersten Werkstätten, in größter
Auswahl, für jede Figur passend,
zu enorm billigen Preisen nur im
Wollschneider-Garten-Haus Sommerfeld,
Oranienstraße 18, Ecke Heinrichsplatz,
Jahrgeld vergütet. 29025*

Vitruvianer Röhrenmaschinen ohne An-
zahlung, gebrauchte spottbillig, Sta-
likerstraße 69, Warschauerstraße 67.

„Selbstverständlich“!! Aller-
billigster Warenverkauf im Plüsch-
haus Hermannplatz 6.

Hermannplatz 6. Staumendbilligste
Wandervorläufe!! Kleinauswahl!!
Winterpaletots!! Jackenanzüge!!
Schrodanzüge!! Herrenhosen!!
Damenhosen!! Pelzkleid!! Extra-
billige Festgescherte!! Schmutz-
schalen!! Taschenuhren!! Kettenaus-
wahl!! Ringauswahl!! Broschen-
auswahl!! Armabänder!! Preis-
schneider!! Hochlegante Teppich-
auswahl!! Gardinenauswahl!!
Bettenauswahl!! Wäscheauswahl!!
Wäscheabdecken!! Teppichdecken!!
Kunstbilder!! Röhrenmaschinen!! Plüsch-
haus!! Erstklassiger Warenverkauf
Hermannplatz 6. Sonntag ebenda.

Möbel, Schuhwaren, Taschen-
uhren, Handwagen billig. Palast-
straße 46. 134*

Wandfahrerkarten. Wir empfehlen
den Fremden des Reichs: Mittel-
bahnen Karte für Rad- und Motor-
fahrer von Berlin und weiterer Um-
gebung, auf Reisen gezogen Preis
1.75 M. (zusammenlegbar). - Karte
für Rad- und Motorfahrer von
Brandenburg, auf Reisen gezogen und
zusammenlegbar 2.50 M. Expedition
des „Vorwärts“, Lindenstraße 69,
Laden.

Teppiche (farblicherhafte), Teppich-
decken, Gardinen, Plüschdecken, Tisch-
decken, Uebergardinen, Sofa-
kissen, spottbillig. Fabriklager
Rauershoff, Große Frankfurterstraße 9,
Hüreeingang. Vorwärtsleiter 5
Prozent Sonntag geöffnet 21884*

Gebrauchte Röhrenmaschinen billig.
Zellmann, Goltzowstraße 26. 19678*

Vorwärtsleiter hochlegante Anzüge
und Paletots, aus feinsten Stoffen,
höherer Preis 60.— 90.—, jetzt 30.— 40.—,
werden täglich im Kavalier-Kauf,
Unter den Linden 61 II verkauft.

Sofa-Teppiche, circa 2 Meter lang,
mittlere Verier 3,75, Kapelstr.-Prüffel
5,35, Arminster 4,65. Teppichhaus
Emil Lesdore, Oranienstraße 158.

Wandteppich, 5 Tage Probe-
lieferung! Entzückende Neuheiten,
sowie billige Muster. Amortisation-
Verkauf! Täglich ohne An-
zahlung, wöchentlich 1,00 (bis Hundert
Kaufsumme). Gächelstraße 177,
Kiefern-Lager Louis Dittler
(selbst), Betriebsleitung Vorkriegs-
straße zweiunddreißig (Hochbahn,
Stadtbahn: Warschauerstraße). Fi-
halen: Potsdamerstraße 81, Altdorf,
Kaiser-Friedrichstraße 247. 29988*

Wandteppich, Oranienstraße 177,
Ecke Altdorfstraße, verkauft Betten,
Steppdecken, Gardinen, Tischdecken,
goldene Herren-, Damenuhren, Ketten
billig. 29975*

Monatsanzüge und Winterpaletots,
Joppen von 5 Mark sowie Herren-
von 1.50, Wedroanzüge von 12.00,
Frau von 2.50, sowie für torpente
Figuren. Neue Garderobe zu kaumend
billigen Preisen, aus Wandteppich-
verfallene Sachen kauft man am
billigsten bei Max, Altdorfstraße 14

Ohne Anzahlung, Softe 50 Pfennig,
Silber, Spiegel, Ferner: Möbel,
Vollkornwaren, Teppiche, Gardinen,
Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge,
Portieren, Uhren, Goldkronen, Herren-
garderobe, Weber, Brenzjanerstr. 25,
Belau, eventuell Vorkauf. 25379*

Wandteppich, Licht Jahre. Lebens-
erinnerungen von Sepp Deter.
Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu
beziehen Buchhandlung Vorwärts.

Wandteppich, zwei Kopfkissen
3,75, Damenhemden mit handgeftirter
Baile 1,20, Herrenhemden 1,15,
Kornabzüge, Arbeitshemden, Aus-
nahmepreise. Wäscheabrik Salo-
monska, Dirdenstraße 21, Altdorf-
platz. 240/12

Wandteppichhaus! Wienerstr. 23.
Keine Schreierkame! Aber gute und
billige Einkaufsgüter! Winterpaletots!
Herrengarderobe! Ueberverkauf! Fest-
gescherte! Pelzkleid! Betteneverkauf!
Verschiedenes! 164/17*

Monatsanzüge, Winterpaletots,
Ulster, Wedroanzüge, Hosen, feinste
Wachstoffe, auch neu, spottbillig Rosen-
thalerstraße 48 II. 28015

Wandteppichhaus 15.00, Verlampen
8.00, auch Teilzahlung. Annoncen-
Schönhauserallee 79, Ringbahnhof.

Wandteppichhaus im Engros
billig an Händler. Volksgarten,
Gefundbrunnen, Bad- und Behm-
stragen-Ecke. 192

Geschäftsverkäufe.
Gemüse, Kolonialwaren, Geschäft
billig verkauft Vorkriegsstraße 73.

Obst- und Kolonialwaren-Geschäft
sofort spottbillig zu verkaufen, passend
für Anfänger, Charlottenburg, Kaiser-
Friedrichstraße 103. 1103

Möbel.
Möbel-Teilzahlung. Spezialität:
kleinere Wohnungs-Einrichtungen so-
wie einzelne Möbelstücke verkauft
unter nur denkbar günstigsten Be-
dingungen. E. Gohn, Große Frank-
furterstraße 58. 29915*

Jetzt beginnt in meinem Auf-
bewahrungs-Speicher der kolossal
billige Verkauf von verfallenen,
Leuch- und zerdrückten
Möbeln. Darunter wunderbar Speise-
zimmer, Salons, Herrenzimmer,
Schlafzimmer, 125 Klavier, An-
treibschranke, Garnituren, Büfette,
Umbau, Schreibtische, Gasfönlampen,
Federstühle, Lederstühle, Stühle, un-
tere Kleiderkäufe, Vertikals, moderne
Röhren, Teppiche, Plüschsofa. Be-
schäftigung 10.— 8. Sonntags 8.— 2.
Wülfel als fast jedes Möbelgeschäft!
Bitte Vorkriegsstraße 29 und grüne
Schilde achten, da mehrere Möbel-
geschäfte in dieser Straße existieren!
Verkauf Hof, Speicherei. Aufgehobene
Zimmer. 27338*

35 billige Einrichtungen zum
kolossal billigen Verkauf, auch einzelne
Möbel, bis 50 Prozent billiger. Auf-
bewahrungs-Speicher Vorkriegs-
straße 26, Hof, Bitte Hausnummer 26
zu achten, da viele Möbelgeschäfte in
dieser Straße existieren. 27345*

Verkauflich! (Händler verbeten)
Elegantes Plüschsofa, Trumrau, Gas-
kronen, Kleiderkasten, Vertikals, Plüsch,
Königsbergerstraße 11, vorn I rechts.

Plüschsofa, Kleiderkasten, Sä-
lenträume 28.50, Sebastianstr. 82 II.

Wichtig. Möbel, gebrauchte, neue
und verfallene gewasene, Kleider-
schränke, Vertikals 18 Mark, Bettische
mit Federmatze 15, Karmortelleite
19, Sofa 18, Tischsofa 33, Gasfönlamp-
e mit Decke 19, Plüschgarnitur
55, Kommode 15, Schreibtisch 24,
Garderobenschrank 36, Kuchenschrank
Eulenbühl 95, Lederstühle 10,
Säulentrumeau 30, Biergeschloß, An-
treibschrank 70, großer Posten Teppiche,
hochseine Vertikals und Stoffs,
Kissen 12, 50 Stund Federbetten,
Silber, Plüschschlösschen 6, bunte
Küchen 55, Elmgardis Möbel, und
Lombard-Speicher, Neue König-
straße 29, Transport frei. 240/13*

An der Hochbahn!!! Station
Kottbuler Tor, nämlich Scharf-
straße 35, befindet sich die große
Möbelabrik W. Fischerow. Gebens-
wert sind die händigen Ausstellungen
aller Möbelarten, was ohne Aus-
sammung ganz geteilt ist. Auf Wunsch
Katalog gratis! 29678

Möbelgelegenheit! Wenig ge-
brauchte, gut erhaltene Möbel, auch
neue, einrichte, elegante, beliebigen
gewasene, verfallene (spottbillig) Plüsch-
lager, Lombardspeicher, Neue König-
straße 5/6, Rohrlagegebäude. Sonntags
geöffnet (Zahlungsverleichterung). *

Fahrräder.
Herrenrad Damenrad
einmal bemitt 40.00 Holz Blumen-
strasse 36 16838*

Musik.
Kuhbaumpianos, große Ton-
fälle, stabil gebaut, wenig gebraucht,
billig verkauft. Warschauerstraße 58,
Emergebäude I. 134/13*

Pianos, Geige, alle, gute, ver-
kauft Antiquitätengeschäft, Erd-
straße 14, Berlin. 134/19

Alle Geigen, komplett, vorzüglich.
Rehne, Chausseestraße 115. 27986

Violinunterricht (neue, doppelt
fördernde Methode bis zur Vollendung)
gibt erprobter Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
a 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Offerten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. *

Verschiedenes.
Anklopferei von Frau Kofosta
Schlachtenstr. Kurze 8, III

Varenauwais Genl. Annon-
kraft 94.

Englischen Unterricht für Anfänger
und Vorgeübte, Einzelstunden
und im Hirtel erteilt M. Swienty,
Schöneberg, Sebanstraße 67, III. *

Röhrenmaschinen kauft Heine,
straße 1b. 27780

Platinabfälle, Silberabfälle, Röh-
ren, Rohrgelbe, Quecksilber, Me-
talle, Goldschmelze, Goldschmelze
Kieper, Altdorfstraße 20 (gegen-
über Mantelfabrikstraße). 29668

Vermietungen.
Wohnungen.
Wohnungen, keine, sofort. Sta-
likerstraße 67. 27996*

Billige Wohnzimmer-Vollkom-
mung 35.00, Wäschestraße 66 (War-
schauerbrücke). 58*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Vorteilgenosse sucht für Sohn,
gute Edukation, Schriftsetzerleh-
reute unter A. K. 2035 Expedition
der Zeitung Andreasstraße 17. 135*

Stellenangebote.
Einjeder für Goldarbeiten ver-
langt Reichensbergerstraße 88. 134/20

Wormschleifer verlangt
Pudauerstraße 10. 134/18

Wormschleifer verlangt Ulland-
straße 62, Blasing. 28005

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen
und gelverr:
Knoth- und Verlmittelfabrik Hingz,
Scharfstr. 8/9.

Tischlerei und Bodenleger
Schlichting, Goltzowstraße 7.

Tischlerei und Bodenleger
Timme, Wilmersdorf, Galtener
Straße 6.

Wandteppichgeschäfte und deren
Gauten:
Firma Kammeyer:
Kottbuler Str. 15.

Nordb. Wandteppichfabrik Hannover.
Zwischenmeyer Klassen u. Fabner.
Butterweich, Zwischenmeyer Zwo-
boda.

Rosenfeld u. Co.
Heine (Breslau).
Van Solzberger Straße 15.
Keller.

Sämtliche Betriebe in den Orten
Zudenwalde, Sommerfeld und
Waggeburg.

Wichtig! eruchen wir die
Können aller Branchen der Holz-
industrie das Vermittlungsgebühren
des gelben „Handwerker-Ver-
bandes“ streng zu meiden.
Die Christverwallung.

Achtung! Gaarbeiter!

Wegen Streit in Zudenwalde
und folgende Gauten für Ein-
seker gelverr:
Firma Neumann:
Charlottenburg, Suarez- und
Pestalozzistr. Ecke Brückner.
Wandener Str. Lindemann.
Firma Hüllig:
Dernburger Str. 29.
Waldstr. 31. Schönlitz.
Berlin, Zudenwalde Str. Pahl.
Firma Wenzelstr. Zudenwalde:
Charlottenburg, Philippstr. 6.
Beskow.
Kaiser-Friedrich-Straße 19, Bau
Hainrich.
Wilmersdorf, L. S. 33, 38.
Der Gauvorstand.